

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 4, April 2020 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

Balsam für die Seele Blumenaktion der KPO

Seite 4 und 5

Grafik, Layout und Illustrator: Michael Kreuhler. (Naturschutzbund)



Plabutsch:

Jetzt unterschreiben!

Familienberg

statt **Event-Berg**

Unterschriftenlisten auf
Seite 11. Laden Sie auch Ihre
Freunde und Bekannten ein!



ZITIERT

„Die einen werden an der Epidemie verdienen, die anderen werden die Ersparnisse ihres Lebens verlieren.“ Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk, Die Presse, 2. 4. 2020

„Wir stehen gerade am Beginn einer Wirtschaftskrise, wie sie die meisten von uns (also alle unter 90 Jahren) noch nicht erlebt haben.“ Josef Urschitz, Die Presse, 15. 4. 2020

„Die Krise bedeutet nicht, kritisches und wachsames Denken auszusetzen.“ Konrad Paul Liessmann, Krone Bunt, 5. 4. 2020.

„Mundschutz ja – Maulkorb Nein!“ Aufruf der Linzer Solidarwerkstatt, 16. 4. 2020.

„Wenn es darauf ankommt, gibt es keine EU.“ Landeshauptmann Schützenhöfer im Landtag, 7. 4. 2020

„Wir werden einander helfen, den Wohlstand umverteilen, streiken. Die Gemeinschaft geht über Mauern hinweg.“ Popstar Britney Spears auf Instagram.

„Pressekonferenzen sichern keine Existenzen!“ Martin Grubinger, krone.at, 29. 3. 2020.

„Die USA haben ihre in Deutschland stationierten Atomwaffen modernisiert. Die geheime Operation fand bereits im Herbst 2019 statt.“ Nachdenkseiten, 15. 4. 2020

„Das Führungspersonal der Europäischen Union steht bei der Krisenarbeit zumindest nicht allzu penetrant im Weg herum. Das ist der beste Dienst, den Brüssel den Europäern erweisen kann.“ Claus Páandi, Kronen Zeitung, 23. 3. 2020

„Der radikal freie Markt hat zu einer erdrückenden Dominanz der Großkonzerne und Agrarindustrien geführt. Wir brauchen neue Ordnungssysteme.“ Agrar-Landesrat Johann Seitinger (ÖVP) in der Kleinen Zeitung, 22. 3. 2020

Interview mit Stadträtin Elke Kahr

„Solidarität muss m

Mit 16. März haben aufgrund der Pandemie-Bestimmungen viele Grazerinnen und Grazer buchstäblich über Nacht ihre Existenzgrundlage verloren. Für KPÖ-Stadträtin Elke Kahr war klar: Jetzt heißt es Ärmel aufkrepeln und für die Menschen da sein, mehr denn je. Wir haben mit ihr über ihre Erfahrungen seit Ausbruch der Krise gesprochen.

Stadtblatt: *Wie haben Sie auf die plötzlich geänderten Bedingungen ab 16. März reagiert?*

Elke Kahr: Als klar wurde, dass Parteienverkehr in der für mich gewohnten Art und Weise nicht mehr stattfinden kann, habe ich mir als erstes ein Tablet gekauft, damit ich zeitnah Nachrichten empfangen und bearbeiten kann. Außerdem habe ich dafür gesorgt, dass sämtliche Telefonate auf meine Handynummer umgeleitet werden, wenn das Büro nicht besetzt ist. Und ich hebe immer ab bzw. rufe zurück.

Stadtblatt: *Mit welchen Sorgen kommen die Leute derzeit zu Ihnen?*

Elke Kahr: Natürlich sind nach wie vor die Probleme da, mit denen ich sonst auch konfrontiert bin: finanzielle Engpässe, drohende Delogierungen, Mietrückstände, Kinderbetreuung usw. Viele, sowohl Angestellte als auch Selbstständige, haben ja praktisch über Nacht ihre Arbeit verloren oder sind in Kurzarbeit. Da tauchen viele Fragen auf: Wie Behördenwege erledigen? Wie um Unterstützung ansuchen, wenn das Amt zu hat? Wie sich arbeitslos melden? Wie siedeln ohne Siedlungsfirma usw? Auch bei einigen, die bisher nicht gedacht hätten, dass ihnen das einmal passieren würde, weil sie immer gearbeitet haben, ist plötzlich die Frage da: Wie das Notwendigste einkaufen, wenn das Geld fehlt?

Stadtblatt: *Wie schaut die Hilfe derzeit aus?*

Elke Kahr: Ich versuche unbüro-

kratisch zu helfen. Die KPÖ hat einen Kleinbus. Den haben wir verwendet, um den Leuten beim Siedeln zu helfen.

Wenn kein Geld da ist, z.B. für wichtige Medikamente oder Heilbehelfe, bringe ich es den Leuten vor die Tür. Jetzt, wo die Leute nicht zu mir kommen können, geschieht das eben auf diese Weise: Ich komme zu ihnen.

Wenn Leute von zu Hause aus einen Antrag stellen wollen, geht es oft darum, dass sie weder Scanner noch Drucker daheim haben. Dann lasse ich mir die Formulare mailen, drucke sie aus und bringe sie vorbei. Auch viele Schulmaterialien haben wir in der KPÖ-Bezirksleitung ausgedruckt und zugestellt.

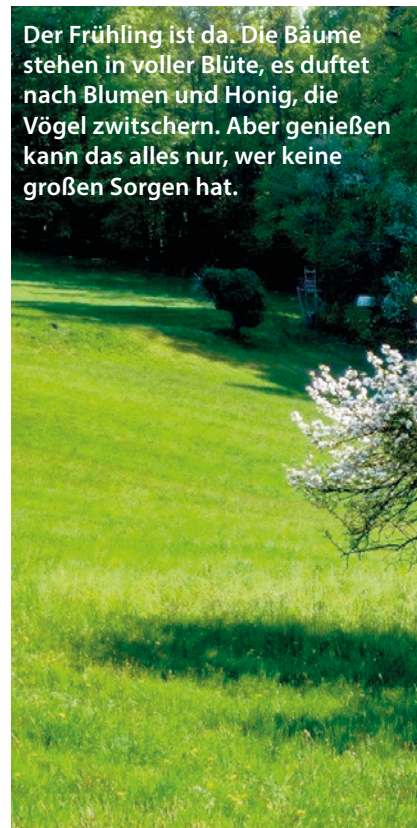
Stadtblatt: *Welche Personengruppen haben es Ihrer Meinung nach besonders schwer?*

Elke Kahr: Da sind die kleinen Selbstständigen, ob sie als Übersetzer, Therapeuten, Kulturschaffende, Kosmetikerinnen oder in der Erwachsenenbildung tätig sind. Die, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Studierende, die ihre Teilzeitjobs verloren haben und die Miete nicht mehr bezahlen können. Besonders betroffen ist die Gastronomie. Letztendlich trifft es fast die gesamte Bevölkerung.

Stadtblatt: *Was können Sie für die Leute tun?*

Elke Kahr: Ich versuche, so viel wie möglich in Gesprächen zu lösen. Hunderte Gespräche habe ich in den letzten Wochen zwischen Fenster und Straße, auf Hinterhöfen, mit Sicherheitsab-

Der Frühling ist da. Die Bäume stehen in voller Blüte, es duftet nach Blumen und Honig, die Vögel zwitschern. Aber genießen kann das alles nur, wer keine großen Sorgen hat.



stand an Wohnungstüren und via Telefon geführt, mit den Betroffenen, mit Sozialarbeitern, mit Vermietern, mit Behörden usw. Trotz der Beschränkungen findet sich meistens eine Lösung, dank des Einsatzes von vielen.

Stadtblatt: *Was könnte die Politik in diese Situation tun?*

Elke Kahr: Es braucht für alle Menschen eine unbürokratische Überbrückungshilfe, eine Grundversicherung, bis die Leute wieder die Möglichkeit haben, arbeiten zu können.

Stadtblatt: *Wie erleben Sie die Menschen in dieser Situation?*

Elke Kahr: Es ist täglich ein Wechselbad der Gefühle: Einmal erfährt man ganz schlimme Schicksale, dann erlebt man jemanden, der in dieser schwierigen Zeit viel für andere tut, selbst wenn er es selber nicht leicht hat. Ich habe viel Hilfsbereitschaft in Nachbarschaften gesehen, viele nette Gesten im Alltag.

an leben“

Foto: Elmar Ladstätter.



Stadtblatt: Was sagen Sie den Leuten, die verzweifelt sind?

Elke Kahr: Sich nicht selbst vernachlässigen, Hilfe annehmen, auch wenn man es bisher nicht gewohnt war. Ich versuche Zuversicht und Hoffnung zu geben und den Humor nicht ganz zu verlieren. Wenn man lacht, wird vieles leichter.

Stadtblatt: Wird die Gesellschaft aufgrund der Krise umdenken?

Elke Kahr: In den letzten Wochen haben viele Politiker das Wort Solidarität verwendet. Aber ich habe meine Zweifel, ob sie selbst so solidarisch sind, wie sie es von der Bevölkerung erwarten. Großverdiener spüren auch diese Krise nicht so stark, und wer es zuvor schwer hatte, der hat es jetzt noch schwerer. Es wird darum gehen, ob es gelingt, eine gerechtere Verteilung der Arbeit und der Vermögen zu erreichen. Eine Verbesserung der Situation

für die Allgemeinheit wird nur stattfinden, wenn die öffentliche Hand mehr Aufgaben übernimmt, z.B. in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Verkehr usw. Und es geht um eine bessere Bezahlung in vielen Berufsgruppen, deren Bedeutung bisher niemand sehen wollte. Hier erhält der Begriff Solidarität eine reale Bedeutung.

Stadtblatt: Wenn eines Tages alle Beschränkungen aufgehoben werden, worauf freuen Sie sich am meisten?

Elke Kahr: Ich freue mich auf ein Ende der Videokonferenzen. Persönliche Gespräche sind durch nichts zu ersetzen.

Außerdem freue ich mich darauf, meine Enkel wiederzusehen, mit meinem Mann ins Blaue zu fahren, mit meinen Freunden und Kollegen auf ein Achterl zu gehen und das Gefühl der Freiheit zu genießen.



MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Soziales darf nicht untergehen

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Es wird ein Leben nach der Corona-Krise geben. Aber nach der Gesundheitskrise droht eine Wirtschaftskrise, die viele Menschen treffen wird. Schon jetzt ist das Leben schwerer geworden. Das haben wir in den letzten Wochen in hunderten Telefonaten und bei vielen Türgesprächen gemerkt und wir haben versucht, uns den Anliegen und der Probleme vieler Menschen anzunehmen. Ein Großteil konnte gelöst werden. Einiges ist noch offen.

Die Zeiten sind härter geworden. Der Frühling des Jahres 2020 ist auch eine Zeit der Hoffnung. Deshalb stellen wir in diesem Stadtblatt die Information über unsere Blumenaktion in den Vordergrund.

Und wir berichten über den 1. Mai. Ohne die Beschäftigten im Gesundheitswesen, im Handel und in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge würde unser Gemeinwesen in diesen Krisenzeiten nicht funktionieren. Diese Menschen brauchen aber mehr als Dankesworte. Sie brauchen bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Deshalb ist es so wichtig, dass es die KPÖ auch in diesen Tagen wagt, der Obrigkeit zu widersprechen und Vorschläge zu machen, die der Mehrheit der Bevölkerung nützen.

Wir dürfen auf keinen Menschen vergessen, wir sind für die Leute da.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich unter Tel. 0664 / 1209 700

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Corona hat vieles verändert, eines aber nicht: Die Kluft zwischen Arm und Reich.

AUS DEM INHALT

| | |
|---|-------|
| Wildblumen und -kräuter | 4/5 |
| Straßenbahnen bestellen | 6 |
| Verkehr in Graz | 6/7 |
| Interview zur Gesundheitsversorgung | 8/9 |
| Serviceummern in Graz | 10 |
| Unterschriftenliste | |
| Plabutschgondel | 11 |
| Wohnen und Recht | 12 |
| Der 1. Mai 2020 | 16 |
| Die Krankheit macht nicht alle gleich | 17 |
| 35-Stunden-Woche | 20/21 |
| Rätsel, Inserate, Impressum | 22-24 |

HOLEN SIE DIE NATUR ZU SICH NACH HAUSE!

Gratis Wildblumen für Balkon und Fensterbankerl!

Letzten Sommer fand der Blumenschmuckwettbewerb der KPÖ großen Anklang. Viele Teilnehmende schickten uns wunderschöne Fotos von ihren blumengeschmückten Balkonen, erholsamen Gärten oder aufwendig gestalteten Fensterbankerln. Wir waren schlichtweg begeistert! Heuer drehen wir den Spieß um und wollen die Grazerinnen und Grazer zum Aufblühen bringen: In Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund Steiermark und Pro Mente Steiermark holen wir die Natur zu Ihnen nach Hause!

Aktion Wildblumen

2.500 Blumenkisterl, unter anderem mit Rotem Sonnenhut, Dost, Ysop oder Ringelblume, stehen bereit und können von Ihnen am 4. und 5. Mai im Volkshaus – kostenlos – abgeholt werden (weitere Infos siehe Kasten).

„Unser Ziel ist es, den Grazerinnen und Grazern ein wenig Freude zu bereiten. Gerade in Zeiten wie diesen sind Blumen Balsam für die Seele“, so Stadträtin Elke Kahr. „An dieser Stelle bedanken wir uns herzlichst bei Frau Christine Podlipnig und Herrn Michael Kreuhsler vom Naturschutzbund für die Idee, und bei Pro Mente Steiermark

und Gartenbau Graz für die Vorbereitung der Blumenkisterl.“

Bienenfutter

„Die von uns ausgewählten Wildblumen und Kräuter sind bei uns heimisch, pflegeleicht und robust. Die Pflanzen gedeihen auch am Balkon oder Fensterbankerl. Wildpflanzen sind wertvolle Futterquellen und locken viele Insekten an. „Gemeinsam wollen wir mit dieser Aktion für blühende und summende Balkone in der Stadt sorgen – eine farbenfrohe Bereicherung“, sagt Christine Podlipnig vom Naturschutzbund.

ABHOLUNG:

Am 4. und 5. Mai können **Wildblumenkisterl** zwischen 9 und 18 Uhr beim Volkshaus Graz, Lagergasse 98a kostenlos abgeholt werden.

Sollten Blumenkisterl übrigbleiben, werden wir sie in den Bezirken verteilen.

Rückfragen unter
0316 / 71 24 79
KPÖ Graz
0316 / 872 2060
Büro Elke Kahr



KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber, Christine Podlipnig (Naturschutzbund) und Stadträtin Elke Kahr

Artenportraits von Wildblumen und Kräutern (aus dem Kisterl)

Weißer Mauerpfeffer und Scharfer Mauerpfeffer

Die Polsterstauden gehören zur Familie der Dickblattgewächse und können problemlos im Blumenkisterl gehalten werden. Sie sind pflegeleicht und lieben es trocken, sonnig und nährstoffarm. Wenn man sie lässt, breiten sie sich kriechend aus. Beide Arten blühen von Juni bis in den August hinein, wobei der scharfe Mauerpfeffer durch seine leuchtend gelben sternförmigen Blüten besticht. Diese locken Wildbienen, Hummeln und Schmetterlinge wie den Distelfalter und den Fetthennen-Bläuling an. Mauerpfeffer sind winterhart und mehrjährig.



Scharfer Mauerpfeffer

Naht schlechtes Wetter, faltet die Ringelblume ihre Blüten zusammen.

Ungefüllte Ringelblume

Die strahlend gelben und orangen Schönheiten zaubern eine bunte Fröhlichkeit auf so manchen Balkon.

Ihr starker aromatischer Geruch weist auf ihre Heilkräfte hin. Die Blüten können für Tees und zur Dekoration von Sommersalaten verwendet werden. Blütezeit Juni bis Oktober. Ringelblumen brauchen ein sonniges Platzl. Die verwelkten Blüten einfach wegzupfen, dann kommen wieder welche nach.



Ringelblume

Roter Sonnenhut

Seine Heilkräfte werden bei Erkältungskrankheiten und zur Stärkung des Immunsystems eingesetzt.

Die stolzen Blüten der hochwachsenden Staude bleiben wochenlang schön, wobei sie von Juli bis in den Herbst hinein blüht. Als unkomplizierter Langblüher lässt sich der Sonnenhut auch gut am Balkon halten.

Wildbienen und Schmetterlinge werden vom Honigduft magisch angezogen. Der Gat-



Ysop

tungsname Echinacea bedeutet übersetzt Igel oder Seeigel. Der Sonnenhut ist langlebig und winterhart. Wenn man den Sonnenhut stehen lässt, bilden die Samen im Winter eine wichtige Nahrungsquelle für unsere Vögel. Vielleicht im nächsten Jahr umtopfen in ein größeres Pflanzgefäß.

Ysop

Die schön blau bis violett gefärbten Blüten des Ysop verströmen einen würzigen Duft und sind reiche Nahrungsquelle für Insekten. Blütezeit von Juni bis September. Der Halbstrauch kann durchaus bis zu 60 cm hoch werden, er liebt es sonnig, trocken

und windgeschützt. Ysop-Blätter haben einen leicht bitteren Geschmack und sollten frisch oder getrocknet, aber immer sparsam, verwendet werden. Die Verwendung ist vielfältig und reicht von Salaten über Suppen bis zu Fleisch- und Fischspeisen. Der Ysop ist winterhart, sollte aber erst im Frühjahr zurückgeschnitten werden.

Dost (Oregano)

Dieser Lippenblütler ist auch unter dem Namen Wilder Majoran bekannt. Oregano besiedelt bevorzugt trockene und

warme Standorte. Blütezeit Juli bis September. Die ätherischen Öle des Dost und die Gerb- und Bitterstoffe werden in der Arznei verwendet. Er hat eine stimulierende Wirkung auf unser Nervensystem und vertreibt so manche Traurigkeit. Der Dost ist pflegeleicht und lässt sich leicht anpflanzen und vermehren.



Kamille

ÖFFENTLICHER VERKEHR Graz braucht neue Straßenbahnen

Nach dem Shutdown ist es umso wichtiger, dass der Öffentliche Verkehr als Basisversorgung in öffentlicher Hand bleibt. Die geplanten ÖV-Projekte müssen wieder aufgenommen werden.

Finanzstadtrat Günter Riegler hält eine Verschiebung der Beschaffung neuer Straßenbahnen für wahrscheinlich. Stadträtin Elke Kahr ist besorgt, dass es tatsächlich soweit kommt. Das System Straßenbahn ist bei Normalbetrieb heute schon am Limit – so mussten im Frühjahr Hochflur-„Oldtimer“ aushelfen, weil einige Züge in der Werkstatt waren. Spätestens mit Inbetriebnahme der Innenstadt-Entlastungsstrecke müssen 15 neue Wagen verfügbar sein.

Weil man Straßenbahnen nicht „von der Stange“ kaufen kann und es von der Ausschreibung bis zur Lieferung der Fahrzeuge drei bis vier Jahre dauert,

ist eine zeitgerechte Beschaffung wichtig. Sonst wackelt der gesamte Zeitrahmen für den Straßenbahnausbau.

Projekte wie die Südwest-Linie und die Innenstadt-Entflechtung haben schon viele Jahre an Verschiebungen hinter sich. Das „Tram-Paket II“ (Südwest-, Nordwest-Linie, Uni-Zweier) sollte nach 2023 an den Start gehen.

„Von diesen Projekten profitiert die Grazer Bevölkerung auf Dauer. Sie sind wichtig für die Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze“, betont Elke Kahr und fordert gerade jetzt die Konzentration auf das Wesentliche: „Plabutsch- und Stadtgondel sollten kein Thema mehr sein.“



Die Graz Linien haben den Betrieb in den letzten Monaten wie immer vorbildlich aufrechterhalten. Wir danken dem Fahr- und Servicepersonal.



Besser beleuchtete Schutzwege



„Schutzwege verdienen nur dann ihren Namen, wenn bestimmte Sicherheitserfordernisse erfüllt werden. Dazu gehört vor allem die Beleuchtung,“ so Elke Kahr. Um den erforderlichen Standard an LED-Licht zu erreichen, erfolgt sukzessive die Nachrüstung von Fußgängerquerungen.

Folgende Projekte werden vom Straßenamt geplant:

- Obere Teichstraße/ Pistotnikgasse
- Augasse/Herzogenberggasse
- Gabelsbergerstraße/ Am Damm
- Gabelsbergerstraße/ Am Freigarten
- Eckerstraße 30 a
- Am Jägergrund/ Glesingerstraße
- Schloßstraße 21
- Mariengasse/Schrödingerstraße

Unterführung Römerweg

Reger Verkehr zu Fuß und per Rad herrschte in den warmen Frühlingstagen in der neu hergerichteten Bahnunterführung am Römerweg in Gösting. Nunmehr gibt es breite Schieberampen, Beleuchtung und Überdachungen an den Zugängen, und durch

einen frischen Anstrich wirkt der Tunnel freundlicher.

Über den Römerweg verläuft die kürzeste Verbindung zwischen Gösting und Andritz/St. Veit, wobei man über Shopping Nord auch zum R2 Murradweg kommt.



Rasengeleise kommen

In der Conrad-von-Hötzendorf-Straße kommt ein neues Stück Tram-Trasse mit tiefliegendem Rasengleis. Eingerichtet soll dieses auf einer Länge von 300 Metern zwischen Ostbahnhof und Flurgasse werden, die Baustelle für Gleistausch und Straßenraumgestaltung ist für Ende Mai/Anfang Juni geplant. Weitere Rasengleis-Abschnitte sind für den letzten, zweigleisigen Streckenteil nach Mariatrost 2021 in Aussicht sowie für die bald zweigleisig ausgebaut Strecke der Linie 5 zwischen Zentralfriedhof und Brauquartier.

Elke Kahr: „Wir konnten erreichen, dass es künftig bei Straßenbahngeleisen wieder Rasen geben wird.“



ÖV-Tickets: Rabatt-Vorschlag der KPÖ kommt

Zwei Monate lang herrschte quasi Nulltarif. Tolle Sache, wenn nicht gerade Stammkunden, die ihre Dauertickets im Voraus zahlen, um diesen krisenbedingten Vorteil umfallen. Daher hat KPÖ-Stadträtin Elke Kahr vorgeschlagen, einen Rabatt zu gewähren. Die teilweise Refundierung wird nun umgesetzt: Wer in der Nulltarif-Zeit im Besitz einer (vergünstigten) Jahreskarte oder Halbjahreskarte war, bekommt bei deren Verlängerung 10 % gutgeschrieben, das sind bei der vergünstigten Jahreskarte 28,10 Euro. Aufrecht ist die Forderung der KPÖ, auf die alljährliche Verbundtarif-Erhöhung ab 1. Juli zu verzichten. Der Preis der von der Stadt gestützten Jahreskarte soll mit diesem Zeitpunkt von 281 auf 298 Euro angehoben werden.



Haltestellen ausgebaut

Die Fernbus-Haltestelle (Flixbus nach Wien und Flughafen Schwechat) in der Girardigasse wird ausgebaut und mit einem Wartehäuschen versehen. Ebenfalls neu samt Mittelinsel: die Haltestelle Negrelligasse bei der BULME in Gösting für die städtische Buslinie 85.



Neue Haltestelle Negrelligasse



Fahrradparken Puntigam

Die alte Rad-Abstellanlage am Nahverkehrsknoten Puntigam war schon von Vandalismus in Mitleidenschaft gezogen, nun wurde eine neue Anlage installiert. Wie am Bahnhof Straßgang gibt es in Puntigam zehn versperrbare Fahrradboxen, die vorzugsweise von Pendlern für ihre (E-)Bikes gemietet werden. Eine Fahrradabstellanlage wurde auch beim Bauernmarkt in St. Peter eingerichtet.

Infoplakate GUSTmobil

Um das Angebot von GUSTmobil als Taxi-Zubringer zum ÖV in Randgebieten bekannter zu machen, hat Stadträtin Elke Kahr selbst von der Holding zur Verfügung gestellte rund 30 A-Ständer in den Bedingebieten Mariatrost/Platte, Katzelbach/Wetzelsdorf und Hafnerstraße aufgestellt. Wie GUSTmobil funktioniert und wo die Haltepunkte sind, erfährt man unter <https://istmobil.at/> oder Tel. 0123 500 44 11



»Soziale Notlagen kennen keinen Shutdown«



Über ihren Arbeitsalltag im Shutdown, den Pflegenotstand und gesundheitspolitische Lehren aus der Corona-Krise hat das Stadtblatt mit KPÖ-Gemeinderat Dr. Hans Peter Meister und Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer gesprochen.

Wie sieht derzeit der Alltag in Ihrer Praxis aus und im Stadtratsbüro?

Dr. Hans Peter Meister: Wir versuchen, den Zugang deutlich zu erleichtern. Mittlerweile haben wir wenigstens ein Mindestmaß an Schutzausrüstung erwerben können.

Wir bitten um telefonische Voranmeldung und lassen nur maximal zwei Personen gleichzeitig ein, die wir räumlich leicht trennen können. Nach wie vor versuchen wir, vieles telefonisch zu regeln. Die Patienten werden nur mit Mund-Nasen-Schutzmasken eingelassen, und es wird bei allen beim Eintritt die Temperatur gemessen.

Dadurch, dass wir nun ein wenig Schutzausrüstung haben, sind auch Visiten wieder möglich, aber sehr umständlich.

Robert Krotzer: Soziale Notlagen kennen keinen Shutdown. Deswegen sind wir natürlich weiterhin für alle da, die Hilfe suchen, auch wenn die persönlichen Beratungen im Rathaus bis auf weiteres nicht stattfinden können. Man erreicht uns per E-Mail (robert.krotzer@stadt.graz.at) oder Telefon (0316 872-2072).

Was tun im akuten Krankheitsfall? Wo kann man überhaupt noch hingehen?

Dr. Meister: Das hängt davon ab wie akut das Geschehen ist. Wenn es ganz schlimm ist, empfehlen wir durchaus, den Rettungsnotruf zu wählen. Ansonsten sollte man den Hausarzt anrufen und sich beraten lassen.

War Österreich auf die Pandemie vorbereitet? Hat man rechtzeitig reagiert?

Dr. Meister: Österreich war überhaupt nicht vorbereitet! In China wurde 2019 eine Studie veröffentlicht, die auch in namhaften amerikanischen Zeitschriften publiziert wurde, die den Ausbruch einer von Coronaviren verursachten Epidemie in naher Zukunft, ausgehend von China, prognostizierte. Die Volksrepublik China erarbeitete daraufhin einen Alarmplan für das ganze Land und informierte auch die WHO. Es wurden Vorräte an Masken und Desinfektionsmittel angelegt. Im Pandemieplan der EU waren solche Vorkehrungen ebenfalls vorgesehen. Offenbar landete dieser allerdings in einer Schublade.

Die nächste Aufgabe ist dann

die Bereitstellung von Tests, um Infizierte zu erkennen und zu isolieren. China hat den genetischen Code von Covid-19 bis Jänner entschlüsselt und sofort öffentlich gemacht, um den Staaten der Welt die Entwicklung eigener Testkits zu ermöglichen. Wir hinken da aber noch immer nach.

Die Bundesregierung hat Mitte März mit dem Shutdown begonnen. War das die richtige Entscheidung?

Dr. Meister: Nachdem es sonst nichts gab – keine ausreichenden Testmöglichkeiten, keine Schutzausrüstung – war es eine richtige Entscheidung. Vielleicht hätte die Entscheidung früher getroffen werden sollen, aber ich vermute, dass ohne die Bilder aus Norditalien die Bevölkerung den Shutdown nicht akzeptiert hätte.

Wesentliche Entscheidungen werden ja auf Bundes- und Landesebene getroffen. Was hat die Stadt Graz konkret tun können?

Krotzer: Besonders hervorheben muss man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes der Stadt Graz und allen dort helfenden Händen Dank aussprechen. Das Gesundheitsamt ist während der Corona-Pandemie eine zentrale Einrichtung zum Schutz der Grazer Bevölkerung. Tausende Menschen wurden und werden vom Gesundheits-

amt kontaktiert, informiert und beraten – und zugleich unzählige Anfragen kompetent beantwortet.

Sehr schnell ist es gelungen, gemeinsam, mit vielen Vereinen das Projekt Grazer Telefon-Kette zu initiieren, mit dem weit über 1.000 Angehörige der Risikogruppen erreicht werden konnten. Details finden sich auf [graz.at/telefonkette](https://www.graz.at/telefonkette).

Große Verunsicherung herrscht bei Menschen, die Pflege brauchen, und ihren Angehörigen. Die 24-Stunden-Betreuerinnen fallen aus, die Kapazitäten in den Pflegeheimen stoßen an die Grenzen.

Krotzer: Die Coronakrise hat den Pflegenotstand noch einmal verschärft. Darum war es uns ein Anliegen, eine einfach bedienbare Datenbank über die Verfügbarkeit von Pflegeplätzen zur Verfügung zu stellen. Auf [graz.at/pflegeheimplatz](https://www.graz.at/pflegeheimplatz) kann jetzt tagesaktuell abgefragt werden, ob und wo es freie Plätze in Heimen oder beim betreuten Wohnen gibt. Wichtiger denn je ist jetzt auch die Pflegedrehscheibe, die alles daran setzt, dass allen Menschen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind, sowie ihren Angehörigen bestmöglich geholfen werden kann.

Gibt es schon politische Schlüsse, die man ziehen kann oder ziehen muss?

Krotzer: All unsere Warnungen,

die etwa die Bettenreduktionen, die Schließungen von Abteilungen oder ganzen Spitalern oder die Privatisierungen im Gesundheitssystem betreffen, haben sich bewahrt. Schon bisher waren die Wartezeiten für Operationen sehr lang. Das hat sich jetzt noch einmal verschärft. Ein Ausbau der Kapazitäten wird zum Gebot der Stunde.

Vielen Menschen wird jetzt klar, dass der Kapitalismus im Gesundheitswesen nicht funktioniert.

Bei allen gesundheitspolitischen Maßnahmen müssen aber das Wohl der Patienten und Patientinnen auf der einen Seite und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auf der anderen Seite im Mittelpunkt stehen. Das sind nämlich zwei Seiten einer Medaille.

Dr. Meister: Das österreichische Gesundheitssystem ist noch immer weitgehend in öffentlicher Hand, da sowohl EU-Vorgaben als auch dringende Vorschläge des Rechnungshofes, die Gesundheitsausgaben zu reduzieren, in der Vergangenheit zum Glück nicht in vollem Umfang umgesetzt wurden.

Schweden geht den Weg, nur Risikogruppen abzusondern und das öffentliche Leben aufrecht zu erhalten – hat aber fast dreimal so viele Tote zu verzeichnen.

Dr. Meister: Schwedens Weg ist sehr verschieden vom Weg der meisten anderen Länder. Erst nach dem Ende der Pandemie werden wir wirklich vergleichen können. Aber ich habe ein unangenehmes Gefühl: Die Schweden gehen davon aus, dass wir mehrere Infektionswellen haben werden und am Ende die gleiche Anzahl Toter pro 1.000 Einwohner. Wenn das richtig ist, bedeutet das, dass bei uns viele Menschen eine gewisse Zeitspanne länger leben, in Schweden aber früher sterben. Das kann alten Menschen viele schöne Tage kosten.

Viele fragen sich, ob es Alternativen gegeben hätte – oder gibt. Wie sehen Sie das?

Dr. Meister: Alternativen hätte es bei ausreichender Vorbereitung geben können, beispielsweise Einreisekontrollen, Bereitstellung von ausreichend Schutzausrüstung für das medizinische und Pflegepersonal, Beschaffung von ausreichend PCR-Tests um infizierte und ihre Kontakte zu identifizieren und zu isolieren. Dann hätte man sich den Shutdown – vielleicht – ersparen können.

Die EU-Kommission hat übrigens Anfang Jänner bei den Gesundheitsministern angefragt, ob die Kommission größere Mengen an Schutzausrüstung bestellen soll. Alle – auch Anshober – haben gemeint, sie schaffen das alleine, sie haben alles im Griff. So kann man sich irren.

Die Ausgangsbeschränkungen stellen viele Menschen vor eine harte Belastungsprobe. Nationalratspräsident Sobotka hat den Leuten geraten, sie sollen jetzt raus „in den Garten“ gehen.

Krotzer: Diese Aussage wurde zu recht mit Marie Antoinettes Spruch „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen“ verglichen. Fakt ist: Der Shutdown trifft wirtschaftlich schwache Menschen viel härter. Was tun, wenn man nur eine kleine Wohnung hat, ohne Garten oder Balkon? Die räumliche Enge befeuert psychische Probleme. Darum ist es jetzt wichtig, dass die Menschen sich wieder freier bewegen können – klarerweise unter Einhaltung von Schutzbestimmungen.

Die finanziellen Sorgen durch Kurzarbeit oder die enorm gestiegene Arbeitslosigkeit machen immer mehr Menschen zu schaffen. Leider nehmen auch Alkoholismus und häusliche Gewalt zu. Viele Sozial- und Gesundheitsberatungsstellen haben flexibel, professionell und schnell reagiert. Das zeigt, wie wichtig ihre Arbeit ist. *(Eine Übersicht über wichtige Telefonnummern finden Sie auf S. 10.)*

Vielfach wird Covid-19 mit der saisonalen Grippe verglichen. Ist der Vergleich zulässig?

Dr. Meister: Vergleichen kann

man auch Äpfel mit Erdäpfeln. Wie wir wissen, schmecken sie ganz verschieden.

An der Grippe erkranken jährlich etwa acht Prozent des Gesundheitspersonals, aber das über Hundert Ärzte und Ärztinnen in einer Region wie der Lombardei daran sterben, wie wir es bei Covid sehen, ist mir nicht bekannt. In Italien gibt es eine Studie, die die durchschnittliche jahreszeitliche Sterblichkeit der letzten 20 Jahre mit jener in den Monaten Jänner bis März 2020 vergleicht: sie hat sich vervielfacht! Für eine derartige Veränderung braucht es eine externe Ursache: Gibt es eine außer COVID? Die Luftverschmutzung war schon länger da.

Worauf freuen Sie sich schon am meisten, wenn der Shutdown zu Ende ist?

Dr. Meister: Auf die Rückkehr meiner Frau, die derzeit meiner fast neunzigjährigen Schwiegermutter beisteht, auf lebhafte, analoge Diskussionen im Freundeskreis, auf Theater und Musikveranstaltungen. Auf Gastgärten- und Almhüttenbesuche.

Krotzer: Dem schließ ich mich an. Auch ich freu mich darauf, einen warmen Abend mit Freunden und

Freundinnen in einem Gastgarten zu verbringen.

Abschlussfrage: Was lesen und schauen Sie derzeit? Was können Sie den Lesern und Leserinnen empfehlen?

Dr. Meister: Ich beende gerade ein Buch über die Geschichte der Völkerwanderung von Misha Meier sowie Daniel Bensais *Walter Benjamin. Links des Möglichen* und dazwischen ein bisschen Lyrik, Paul Celan, Bertolt Brecht, Rose Ausländer zum Entspannen. Musik und Filme nach Gusto und Zeit – Klassik, Zappa, Avantgarde – Fantasy, Thriller, Regiekino.

An Zeitschriften, die sich mit dem Corona-Thema beschäftigen, würde ich die Online-Auftritte der Zeitschriften lunpark21.net, monde-diplomatique.de und monthlyreview.org empfehlen.

Krotzer: *Peaky Blinders* (netflix) über Gangster, Politik und soziale Verhältnisse in Birmingham in der Zwischenkriegszeit, oder *Babylon Berlin*, eine Serien-Adaption der großartigen Krimis von Volker Kutscher, die man auch lesen sollte, wären meine Tipps. Lesenswert finde ich jedenfalls die Webseiten der Zeitungen jungewelt.de, freitag.de oder hintergrund.de.

Dieses Interview wurde stark gekürzt. Das gesamte Gespräch finden Sie unter: kpoe-graz.at/meister-krotzer-interview.phtml



Dr. Hans Peter Meister ist seit 1989 praktischer Arzt in Lend und seit Jänner KPÖ-Gemeinderat.



Mag. Robert Krotzer ist seit 2017 Stadtrat für Gesundheit und Pflege in Graz.

Auf keinen Menschen vergessen!

Wir sind für Sie weiterhin erreichbar:

MIETERNOTRUF 0316 71 71 08

SOZIALE ANLIEGEN 0664 120 9 700

BÜRO ELKE KAHR 0316 872 2061

BÜRO ROBERT KROTZER 0316 872 2072

GEMEINDERATSKLUB 0316 872 2153

KPÖ

Sozialberatung der KPÖ

Büro Elke Kahr: 0316 / 872 2060 oder
0664 / 1209 700

Büro Robert Krotzer: 0316 / 872 2070

Corona Hotline: 0800 555 621

allgemeine Fragen zum Thema CoviD-19
Gesundheitstel. 1450 (für Verdachtsfälle)

Zustelldienst für Risikogruppen

Tel: 0316 / 872 3333

Mo-Fr 9-13 Uhr, Zustelldienst für Medika-
mente und Lebensmittel, eingerichtet von
der Stadt Graz in Zusammenarbeit mit der
ÖH

#TeamNächstenliebe Hotline

Für alle, die Hilfe brauchen oder anbieten
Tel: 0316 8015 290, Mo-Fr: 8-17 Uhr

Gewaltschutzzentren:

0800 50 01 54

24 Stunden Frauen-Helpline gegen
Gewalt: 0800 222 555

Wenn Sie jemanden zum Reden

brauchen: Telefonseelsorge: kostenlos,
rund um die Uhr, Tel.142

ZEBRA – Sorgenhotline mit Dol- metscher

Tel: 0800 / 799 702, Mo-Fr: 9-12 Uhr

Hospiz-Telefon: Tel: 0676 83298305

Für Patienten, Angehörige, Pflegende und
Pflegepersonal

Kriseninterventionsteams des Landes Steiermark:

Tel: 0800 / 500 154, 9-21 Uhr

Beratung für Menschen, die einer Risikogruppe
angehören, oder sich krankheitsbedingt we-
gen des Corona-Virus in Quarantäne befinden

Wohnen

Delogierungen dürfen derzeit durchge-
führt werden.

Befristete Mietverträge, die zwischen

30.3.2020 und 31.6.2020 ablaufen, können
schriftlich bis zum 31.12.2020 (oder kürzer)
verlängert werden (näheres Seite 12).

Wohnunterstützung des Landes Steiermark

Kontakt: 0316 / 877 3748

KPÖ-Mieternotruf: 0316 71 71 08

Energie Graz:

Zurzeit kommt es zu keinen Stromabschal-
tungen. Servicehotline: 0316 / 8057 1857

Psychologische Hilfe

GFSG: Gesellschaft zur Förderung der seeli-
schen Gesundheit, Mo-Do 9-15 Uhr,
Fr. 9-14 Uhr telefonisch erreichbar
Tel: 0316 / 67 60 76, www.gfsg.at

Frauenservice: Juristische, psycho- logische und Sozialberatung

Telefonisch, Online, Videochat
Tel: 0316 / 71 60 22, Mo-Fr 9-13 Uhr
netzwerk.beranet.info

Psychosozialer Dienst Pro Mente:

Telefonisch erreichbar: 05 / 0441 0
Mo-Do 8-16:30 Uhr, Fr: 8-13:30 Uhr

Mosaik GmbH

Telefonisch oder per Email erreichbar
Tel: 0699 1333 1445, Mo-Fr: 9-12 Uhr
office@mosaik-gmbh.org

AMS Steiermark

Tel: 0810 600 612
Kontakt telefonisch oder per Email über das
eAMS Konto

jobundcorona.at

Tel: 0800 22 12 00 80, Mo-Fr 9-18 Uhr
AK und ÖGB beantworten alle Fragen in Ver-
bindung mit dem Beruf
Bei Fragen zu Prüfungen, Lehrabschluss,
Homeoffice und Kurzarbeit

WKO: Allgemeine Infos: www.wko.at

Tel: 0590900 4352, täglich 8-18 Uhr
Härtefallfond für Selbstständige

Härtefonds des Landes Steier- mark für Künstler und Sportler

Für alle, die keine Unterstützung durch
den Härtefallfonds der WKO oder den
Künstlersozialversicherungsfonds des
Bundes bekommen. **Service Hotline:**
Kunst und Kultur: 0316 / 877 4318
Sport: 0664 / 2306 921

Mindestsicherung

Anträge, Anfragen und Anliegen:
Tel: 0316 872 6307

Behindertenhilfe

Anträge, Anfragen und Anliegen
Tel: 0316 / 872 6432

SozialCard: Tel: 0316 / 872-6397/-6398

VinziMarkt

Karl-Morre-Straße 9, Mo-Fr: 9-12 Uhr
Herrgottwiesgasse 51 - GESCHLOSSEN

Marienstüberl: Öffnungszeiten 8-14
Uhr

Essensausgaben (auch zum Mitnehmen)
9:00, 12:00, 13:00 Uhr

Beratungsstelle zur Existenzsicherung

Notbüro für dringende Hilfe: Mo-Fr 8-14
Uhr
existenzsicherung@caritas-steiermark.at
Erhebungsbögen und Anfragen können
per Email geschickt werden: [existenzsi-
cherung@caritas-steiermark.at](mailto:existenzsi-
cherung@caritas-steiermark.at)

Wohnungssicherung

Telefonberatung: Mo-Fr 8-14 Uhr
Tel. 0316 / 8015 750



PLABUTSCH-GONDEL:

**Umweltzerstörung
+ Geldverschwendung**

NEIN DANKE!



Rund 6000 Grazerinnen und Grazer haben innerhalb von zwei Monaten für eine Volksbefragung über den Bau einer Plabutschgondel unterschrieben. 10.000 Unterschriften sind notwendig, damit eine Volksbefragung über das Projekt stattfinden muss.

Gründe, die gegen den Bau einer Gondel sprechen, gibt es viele.

Durch die Krise werden im Stadtsäckel 2020 viele Millionen fehlen. Finanzstadtrat Günter Riegler (ÖVP) hat vom Entgang eines zweistelligen Millionenbetrages gesprochen. „Umso unverständlicher ist es, dass Bürgermeister Nagl am 16. April bekanntgegeben hat, dass er am 38-Millionen-Projekt festhält“, sagt Stadträtin Elke Kahr. „Deshalb werden wir weitersammeln, um dieses teure und sinnlose Prestigeprojekt zu verhindern.“

Unterschriften können Sie bei der KPÖ-Graz im Volkshaus (Lagergasse 98a, 8020 Graz) oder in den Büros der KPÖ im Grazer Rathaus (Elke Kahr - Zimmer 236, Robert Krotzer - Zimmer 231, KPÖ Gemeinderatsklub - Zimmer 114) abgeben. Danke für Ihre Unterstützung!

Tel. 0316/71 24 79 I Web: kpoe-graz.at/plabutsch

Facebook [fb.com/KPGraz](https://www.facebook.com/KPGraz) I Mail klub.kpoe@stadt.graz.at

Auf der Website kpoe-graz.at/plabutsch gibt es weitere Unterschriftenlisten. Gegebenenfalls holen wir auch die unterschriebene Liste bei Ihnen ab (Tel. 0316 71 24 79).

Antrag an den Gemeinderat der Stadt Graz auf Durchführung einer Volksbefragung gemäß §155 Steiermärkisches Volksrechtgesetz

Soll die Stadt Graz ihre Unterstützung mittels privatwirtschaftlicher Maßnahmen für den Bau einer Plabutschgondel aufrechterhalten?

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich den Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung gem. §155 Steiermärkisches Volksrechtgesetz.

| | | |
|-------------|---|--------------|
| Lfd. Nummer | Vor- und Familienname | Geburtsdatum |
| | Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) | Unterschrift |

| | | |
|-------------|---|--------------|
| Lfd. Nummer | Vor- und Familienname | Geburtsdatum |
| | Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) | Unterschrift |

| | | |
|-------------|---|--------------|
| Lfd. Nummer | Vor- und Familienname | Geburtsdatum |
| | Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) | Unterschrift |

| | | |
|-------------|---|--------------|
| Lfd. Nummer | Vor- und Familienname | Geburtsdatum |
| | Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) | Unterschrift |

| | | |
|-------------|---|--------------|
| Lfd. Nummer | Vor- und Familienname | Geburtsdatum |
| | Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) | Unterschrift |

EINFACH SPAREN

Speiseplanung für die ganze Woche



Ob aufgrund von geschlossenen Lokalen oder aufgrund von geänderten Arbeitsbedingungen, derzeit sind viele Menschen gezwungen, ihren Alltag in den eigenen vier Wänden zu verbringen und ihre täglichen Mahlzeiten dort zu sich zu nehmen. Mit der Kombination eines wöchentlichen Speiseplans und einer Einkaufsliste können mehrmalige Gänge in den Supermarkt vermieden und nebenbei durch verringerte Spontankäufe auch Kosten gespart werden.

Zuerst wird ein Speiseplan für die ganze Woche erstellt. Falls einem nicht genügend Gerichte einfallen sollten, um ausreichend Abwechslung am Teller zu schaffen, kann ein Blick auf einschlägige Kochseiten im Internet oder, klassisch, in eines der Kochbücher im Regal helfen. Gerichte mit hauptsächlich frischen Zutaten werden möglichst am Anfang und jene mit haltbaren Zutaten am Ende der Woche platziert.

In einem zweiten Schritt verschafft man sich einen Überblick über die benötigten Zutaten, die bereits im Haushalt vorrätig sind und schreibt jene, die noch besorgt werden müssen, in einer Einkaufsliste zusammen. Vor dem Einkauf ist dann noch darauf zu achten, für ausreichend Transportkapazitäten, wie Kisten oder Tragetaschen, zu sorgen.

Gernot & Gabi

Für weitere Fragen:
0650/260 07 15

Wohnen: Gestundet ist nicht geschenkt

„Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut.“ Dieses Sprichwort trifft bei genauer Betrachtung auch auf die mietrechtlichen Maßnahmen anlässlich der Coronakrise zu.

Dass Mietverträge wegen coronabedingter Zahlungsrückstände bis 30. Juni des übernächsten Jahres nicht aufgekündigt werden dürfen, liest sich vorerst gut. Dass aber gleichzeitig diese Rückstände bis 31. Dezember dieses Jahres getilgt werden müssen, bedeutet in der Praxis, dass Mieter in den Monaten Juli bis Dezember bis zu anderthalb Monatsmieten aufzubringen haben! Und das, obwohl sie möglicherweise über einen längeren Zeitraum mit Einkommenseinbußen leben müssen.

Ab Jänner 2021 werden also

viele Klagen auf Zahlung eingebracht werden, was für diese Mieterinnen und Mieter zusätzliche Kosten für Gerichtsverfahren und Rechtsanwälte bedeutet. Viele werden diesem Druck nicht standhalten, daher letztendlich „einvernehmliche“ Kündigungen akzeptieren und ihre Wohnungen – verspätet, aber doch – verlieren. Der Gesetzgeber ist hier gefordert, vorausschauend auf diese Problematik zu reagieren, bei-

spielsweise mit einem speziellen Fonds, um derartige Härtefälle abzuschwächen. Bei Fragen:

Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen und Mieten haben, stehen Ihnen Stadträtin Elke Kahr und ihr Team (Rathaus, Tel. 0316/872-2064) sowie die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.

KPO Mieter-Notruf

mit Stadträtin Elke Kahr

Tel. 0316 71 71 08

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)



§§ RECHT GEFRAGT §§

Von Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte
im Büro von Stadträtin Elke Kahr, TEL. 0316/ 2060



Corona und Wohnungsmiete

Viele Menschen erleiden durch die Folgen des Coronavirus empfindliche Einkommenseinbußen und können daher ihre Wohnungsmiete nicht mehr bezahlen. Um sie vor Delogierungen zu schützen, gilt für diese Mieter ein besonderer Kündigungsschutz. In aller Kürze:

Wegen Mietrückständen, die in den Monaten April, Mai und Juni dieses Jahres entstanden sind, darf der Mietvertrag bis 30. Juni 2022 nicht gekündigt werden. Wegen dieser Rückstände darf der Vermieter

auch nicht auf die Kautionszahlung zugreifen. Der Mieter muss diesen Rückstand allerdings bis 31.12. dieses Jahres incl. vier Prozent Verzugszinsen zurückzahlen. Schafft er das nicht, erwartet ihn deswegen zwar bis 30.6.2022 keine Räumungsklage (siehe oben), sehr wohl muss er allerdings ab Jänner 2021 mit einer Klage auf Zahlung rechnen.

Mietvertrag läuft aus:

Läuft zwischen 1.4. und 30.6. ein Mietvertrag aus, so kann (er muss nicht) der Vermieter diesen Vertrag bis 31.12.2020 verlängern ohne Gefahr zu laufen, wegen

der sonst geltenden Mindestbefristungsdauer von drei Jahren einen unbefristeten Mietvertrag abzuschließen.

In diesen Tagen haben sich schon mehrere Mieter an uns gewendet, weil sie vom Vermieter vor die Wahl gestellt wurden, entweder zu zahlen oder aus der Wohnung geschmissen zu werden. Einige haben aufgrund der Drohungen des Vermieters einvernehmliche Kündigungen unterschrieben und sind auch schon ausgezogen. Tipp: Lassen Sie sich nicht einschüchtern, unterschreiben Sie nichts und nehmen Sie die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch!



SOMMERFERIENAKTIONEN ABSICHERN

Verschiedene Kinder- und Jugendorganisationen organisieren jedes Jahr Kinderferienaktionen. „Oftmals für Kinder, die aufgrund der schlechten finanziellen Lage im Familienhaushalt sonst nirgendwo hinfahren könnten“, weiß Gemeinderat **Kurt Luttenberger**.



Diese Ferienaktionen werden von der Stadt Graz unterstützt. Durch den Stillstand sind Pfingst- und Osterferien bereits weggefallen, den Kinderorganisationen fehlen die Einnahmen. Deshalb fordert Luttenberger eine einmalige Corona-Beihilfzahlung durch die Stadt Graz.

STADT GRAZ SOLL REGIONALEN UNTERNEHMEN HELFEN

Während der Internet-Handelsriese Amazon innerhalb von 10 Tagen nach Beginn der Isolationsmaßnahmen 100 Milliarden Euro an Marktwert zulegen konnte, stehen viele Selbstständige, Klein- und Mittelunternehmen in Graz vor dem Ruin. „Die Stadt Graz



sollte eine Internetplattform anbieten, auf welcher Grazer Unternehmen ihre Produkte vertreiben können. Auch könnte die Zustellung von Seiten der Stadt übernommen werden“, so KPÖ-Mandatar **Christian Sikora**.

GRAZ SOLL „SICHERER HAFEN“ WERDEN

Insgesamt 144 Kommunen sind in Deutschland bereits ein „Sicherer Hafen“ für Leute, die vor Krieg und Verfolgung flüchten. Auch Luxemburg hat sich bereit erklärt, unbegleitete Minderjährige aus den überfüllten Lagern in Griechenland



aufzunehmen. Nun soll auch Graz folgen, so KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**: „In einer Stadt der Menschenrechte sollte deutlich werden, dass sie diesen Grundsatz aktiv unterstützt.“

KINDERBETREUUNG RASCH WIEDER ÖFFNEN

Derzeit dürfen lediglich Kinder in die Schule oder in den Kindergarten, deren beide Elternteile beruflich nicht abkömmlich sind. Die Wochen der Isolation sind für keine Familie leicht. Es kommt zu Spannungen bis hin zu einem Anstieg



der häuslichen Gewalt. „Sobald es zu weiteren Lockerungen kommt, soll so rasch wie möglich geschaut werden, dass alle Kinder wieder in ihre gewohnten Betreuungsstätten dürfen“, so KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**.

WIEVIELE WOHNUNGEN STEHEN LEER?

„Stets heißt es, dass der Wohnraum in Graz knapp ist und dadurch Wohnen so teuer ist. Wir wissen allerdings nicht, wie viele Wohnungen überhaupt frei sind“, sagt KPÖ-Gemeinderätin



Sigrid Zitek, die in der Gemeinderatssitzung eine Initiative eingebracht hat, dass die Stadt eine Meldepflicht für leerstehende Wohnungen konzipieren soll.

KEIN WARMWASSER AN SCHULEN

„Händewaschen zählt zu den wichtigsten Vorbeugemaßnahmen gegen viele Infektionen“, weiß KPÖ-Gemeinderat und Allgemeinmediziner **Hans Peter Meister**. Deswegen ist es mehr als erstaunlich, dass in zahlreichen Grazer Schulen kein Warm-



wasser zum Händewaschen für Kinder zur Verfügung steht. Schon 2018 stellte der ehemalige KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** einen gleichen Antrag. Die damalige Antwort: Aus Kostengründen sei das nicht möglich.

TOPTICKET RÜCKERSTATTEN

Zahlreiche Studierende haben das vergünstigte Semesterticket für den Öffentlichen Verkehr um 150 Euro erworben. „Durch das Virus musste in diesem Semester die UNI nicht besucht werden. Gleichzeitig fielen viele Jobs, etwa in der Gas-



tronomie und damit das Einkommen für Studierende, weg“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada** und fordert, dass die Studierenden das Geld rückerstattet bekommen oder die Gültigkeit verlängert wird.

STÜRZE VERMEIDEN

Gehsteigkanten, Schienen, Haltestellenbereiche... Für sehbehinderte Menschen ist die Überquerung des Jakominiplatzes mit einer großen Gefahr von Stürzen verbunden. „Bei den Gefahrenstellen könnten die taktilen Leitlinien mit zusätzlichen kontrastreichen



farbigen Markierungen versehen werden. Eine solche Maßnahme würde das Leben für sehbehinderte Menschen wesentlich erleichtern“, so KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs**. Den Anfang sollten der Jakominiplatz und der Andritzer Hauptplatz machen.

Haben Sie Ideen oder Anliegen ?
RUFEN SIE UNS AN!

Anita Strasser
KPÖ-Gemeinderatsklub
0316 / 872 2153

Christian Carli
KPÖ-Bezirksrätesprecher
0681 / 10 7632 98



SPITALSBETTEN

Land hält an Bettenabbau-Plänen fest

In einem am 14. April veröffentlichten Interview mit der Tageszeitung Die Presse sagte die steirische Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP), man müsse weiter über den Abbau von Spitalsbetten „diskutieren“. Offenbar kann die steiermärkische Landesregierung auch in der aktuellen Situation nicht dazulernen. Sie hält blind an gesundheitspolitischen Konzepten aus der Vergangenheit fest.

Die Corona-Krise ist längst nicht überstanden. Dass es derzeit noch Spielraum gibt und es zu keiner Überlastung der Intensivbetten gekommen ist, ist erfreulich. Diese Entwicklung hat aber eine Schattenseite: Um Kapazitäten freizuhalten und um Personal zu schützen, wurde in den letzten Wochen beinahe die gesamte medizinische Versorgung auf ein Minimum reduziert. Selbst viele lebenswichtige Behandlungen wurden langfristig verschoben. Doch auch vor Corona war es in der Steiermark nicht ungewöhnlich, dass es für lebensrettende Eingriffe extrem lange Wartezeiten gab.

Der Landesrechnungshof kritisierte 2018, dass 75 Prozent der Patientinnen und Patienten an der Universitätsklinik für Strahlentherapie zum Teil eklatante Wartezeiten ab dem von der Klinik definierten letztmöglichen (!) Behandlungsbeginn hinnehmen mussten. Bei den akut Erkrankten mussten sogar 95 Prozent auf den tatsächlichen Behandlungsbeginn warten: Nach einem Soll-Zeitraum von drei Tagen betrug hier die Wartezeit bis zu 48 Tage.

Die Lehren aus der Krise

Entscheidend für die Zukunft unseres Gesundheitssystems ist, welche Lehren wir aus den aktuellen Erfahrungen ziehen. Die KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg betonen, dass der Regionale Strukturplan Gesundheit (RSG 2025) jetzt unbedingt geändert werden muss. Die KPÖ hat einen Antrag im Landtag ein-

gebracht, in dem gefordert wird, den Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) 2025 in der aktuellen Form zu überarbeiten und die geplanten Bettenreduktionen, Schließungen von Stationen und Spitälern zurückzunehmen.

Sparen beenden!

Doch statt umzudenken, wird von den Verantwortlichen nach wie vor immer nur wiederholt, wie wichtig es sei, weitere Betten abzubauen. Um der Öffentlichkeit eine Beurteilung schwerer zu machen, wird außerdem seit Jahren die Einführung einer transparenten Warteliste, wie in anderen Bundesländern bereits üblich, verzögert. Die technischen Voraussetzungen sind bei der Krankenanstaltengesellschaft KAGes schon lange vorhanden.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-

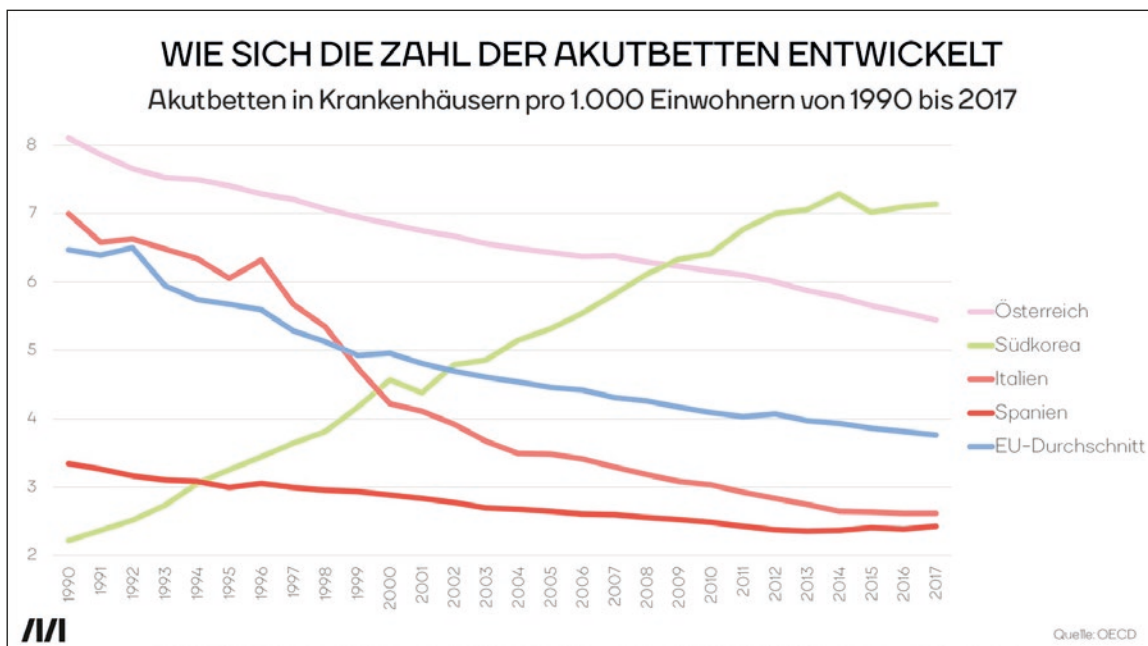


Weithaler: „Statt über Bettenabbau zu diskutieren, sollten wir die Wartezeiten reduzieren und das System krisensicherer machen. Unser Gesundheitssystem kann nicht auf Dauer im Notbetrieb bleiben, die langfristigen Folgen wären verheerend. Der Landesrechnungshof hat sehr deutlich aufgezeigt, dass wir in Wirklichkeit eine alarmierende Unterversorgung haben.“

Länder, die bei Privatisierungen und Kürzungen im Gesundheitssystem noch weiter gegangen sind als Österreich, haben in den letzten Wochen sehr bittere Erfahrungen gemacht. In Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und vielen anderen Ländern war und ist es nicht mehr möglich, allen Infizierten, bei denen die Er-

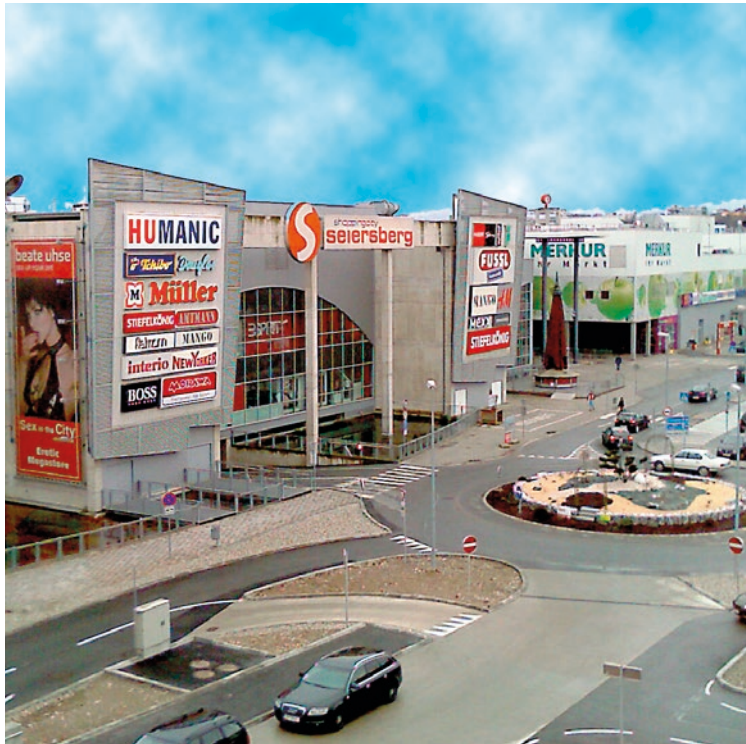
krankung keinen milden Verkauf nimmt, bestmöglich zu helfen. Manchen Patienten wurde sogar die Behandlung verweigert, weil die Kapazitäten der Intensivstationen erschöpft waren.

Diese Länder sind jahrelang den Empfehlungen der Europäischen Kommission bzw. von „Experten“ gefolgt, denen es nicht um ein gutes, öffentliches Gesundheitssystem geht, das allen Menschen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten zugänglich ist. Auch Österreich hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Spitalsbetten – darunter auch Intensivbetten – eingespart. Die Politiker haben das als Fortschritt verkauft (siehe untenstehende Grafik zur Entwicklung der Akutbetten).



Entwicklung der Akutbetten, Vergleich 1990-2017 (OECD)

Shopping City Seiersberg Landesregierung fällt Betrieben in den Rücken



Die Landesregierung hat in Sachen Shopping City Seiersberg grünes Licht für die sogenannte Einzelstandortverordnung gegeben. Damit soll gesichert werden, dass das Einkaufszentrum wie bisher weit über den gesetzlichen Rahmen hinaus betrieben werden darf.

Um die gesetzlichen Vorgaben zu umgehen, wurde bereits 2016 in die Trickkiste gegriffen, indem man die Verbindungsgänge zwischen den einzelnen Teilen des Einkaufszentrums zu „Straßen“ erklärt hat. Diese Regelung ist aber rechtlich ebenfalls umstritten.

Abgesehen davon, dass fraglich ist, ob eine Einzelstandortverordnung überhaupt auf bestehende Einkaufszentren angewendet werden kann, widerspricht die Vorgehensweise jedem gesunden Empfinden von Gerechtigkeit und Fairness.

„Die Gesetze müssen für alle gelten, auch für die einflussreiche Seiersberg-Lobby“, betont Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. „Eigentlich

sollte die Landesregierung in der aktuellen Situation alles tun, um den vielen Betrieben, die jetzt nach der langen Sperre um ihr Überleben kämpfen, zu helfen. Jetzt einseitig die großen Handelsketten zu hofieren und illegale Erweiterungen nachträglich zu legalisieren, würde tausende Arbeitsplätze im Einzelhandel gefährden.“

Ein Einkaufszentrum wie Seiersberg wäre heute gar nicht mehr bewilligungsfähig, da es sämtlichen Grundsätzen der Raumordnung widerspricht. Überdimensionierte Einkaufszentren verursachen gravierende Verkehrs- und Umweltprobleme und saugen Arbeitsplätze und Kaufkraft aus den Ortszentren ab, welche dadurch aussterben und unattraktiv werden. Auch die Versiegelung von Grünflächen für die Errichtung von Verkaufsflächen und Parkplätzen ist ein großes Problem. Der Landtag hat jetzt die Pflicht, schnell eine sozial- und umweltverträgliche Lösung zu finden, die nicht nur für Seiersberg gilt.

KOMMENTAR

KPO im Landtag

Corona-Soforthilfe für „Anleger“?



Vor kurzem sorgte ein Fernsehinterview für Aufsehen. Christoph Boschan, Chef der Wiener Börse, verteidigte, dass große Konzerne Gelder aus den Corona-Notmaßnahmen kassieren, aber gleichzeitig Millionen an ihre Aktionäre auszahlen.

Die Hilfe von Bund, Ländern und Gemeinden kostet viele Milliarden. Sie ist lebenswichtig, auch wenn dafür hohe Schulden aufgenommen werden müssen. Umso klarer muss es sein, dass mit diesem Geld kein Missbrauch getrieben werden darf.

Wenn Aktiengesellschaften Geld von der Öffentlichkeit erhalten, muss dieses zur Gänze zur Sicherung der Arbeitsplätze verwendet werden. Die Auszahlung von Dividenden an „Anleger“ kann nicht die Aufgabe der Allgemeinheit sein. AK und Finanzmarktaufsicht haben deshalb Kritik an diesen Plänen geübt.

Börse-Chef Boschan verlangte bei der Gelegenheit auch gleich Steuersenkungen nach

der Corona-Krise. Seine Argumentation, die Unternehmen hätten den Steuertopf zuvor gefüllt, ist eine Irreführung. Denn zum einen werden die Hilfgelder mit Schulden finanziert, zum anderen tragen Unternehmen einen immer geringeren Anteil zum Staatshaushalt bei. Der mit Abstand größte Teil der Staatsfinanzen kommt aus der Besteuerung von Löhnen und Gehältern. Nicht die Konzerne tragen die Hauptlast, sondern die arbeitende Bevölkerung.

Es ist skandalös, Wirtschaftshilfe zu kassieren, Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen und gleichzeitig Geld an Aktionäre auszuschütten. So etwas muss klar ausgeschlossen werden. Das gilt ebenso für Konzerne, die in Österreich Geschäfte machen, aber im Land keine Steuern bezahlen.

LABg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten

TELEFONISCHE SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr

E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.

– Ausfüllen von Formularen.

– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).

– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Der 1. Mai bleibt unser Tag

Es ist 75 Jahre her, seit es in Graz am 1. Mai keine Demonstration der Arbeiterbewegung gegeben hat. 1945 war die Macht der Nazis in der steirischen Landeshauptstadt noch nicht gebrochen, die Befreiung kam erst am 8. Mai. Die Sprachrohre des Kapitals haben den 1. Mai in diesen Jahren oft für überflüssig und veraltet erklärt. Das hat aber nicht verhindert, dass die Demonstration der Grazer KPÖ stetig größer geworden ist.

Der 1. Mai ist nicht irgendein Tag: Er ist der internationale Kampftag der arbeitenden Menschen. Als im Jahr 1890 die Menschen an diesem Tag zum ersten Mal weltweit auf die Straße gingen, hatten sie ein konkretes Ziel: Die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages. Am 1. Mai standen aber immer die wichtigsten Anliegen – Arbeit und Frieden – im Vordergrund.

2020 gibt es in Graz keine Straßendemonstration. Die Stadt wird leer sein. Wir leben im Ausnahmezustand. Dabei ist der 1. Mai als Kampftag der arbeitenden Menschen wichtiger denn je.

Wir treten gemeinsam für unsere Rechte ein. Für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeiten, für soziale Absicherung. Dafür stehen wir auch am 1. Mai 2020.

Wir müssen einen Mundschutz tragen. Einen Maulkorb lassen wir uns aber nicht umhängen. Ohne uns geht nichts.

Online-Mai-Demo

Am 1. Mai ab 11 Uhr auf der Facebook-Seite der KPÖ Steiermark ([fb.com/kp-steiermark](https://www.facebook.com/kp-steiermark)). Unter dem Motto „Ohne uns geht nichts“ gibt es ein Video all jener zu sehen, ohne die derzeit nichts geht. Ein besonderes Highlight wird die musikalische Umrahmung der Online-Demo durch einen zig-stimmigen Online-Chor, der das italienische Widerstandslied Bella Ciao intoniert.



DIE KRANKHEIT MACHT NICHT ALLE GLEICH

Finanz-Haie dürfen sich nicht durchsetzen

Wir schreiben das Jahr 1348. In Florenz wütet die Pest und rafft unzählige Menschen dahin. Aber nicht alle: Zehn reiche und lebenslustige junge Menschen haben sich auf ein Landhaus in Fiesole zurückgezogen und vertreiben sich in der kultivierten Atmosphäre des Landhauses, das von üppigen Gärten umgeben ist, die Zeit bis zum Ende der Epidemie mit Spiel und Tanz und dem Erzählen von sinnenfrohen Geschichten. Das ist die Rahmenhandlung der weltberühmten Novellensammlung „Dekameron“ von Giovanni Boccaccio.

Im Jahr 2020 erleben wir die weltweite Verbreitung einer Krankheit, die das Leben von Menschen bedroht. Auch heute merken wir, dass eine Epidemie nicht alle gleichmacht. Es hängt noch immer davon ab, wie die Stellung in der Gesellschaft ist.

Es stimmt: Obdachlose, Migranten, Arbeiter, Pflegekräfte, Krankenschwestern und Ärzte, Politiker und Adelige wie Prinz Charles können infiziert werden. Die Möglichkeiten, sein Leben in diesen Zeiten zu gestalten, sind aber höchst unterschiedlich. Nationalratspräsident Sobotka (ÖVP) hat das – ungewollt – auf den Punkt gebracht, als er den Menschen empfahl, jetzt öfter auf den Balkon oder in den eigenen Garten zu gehen. Für eine Großfamilie, die in einer viel zu kleinen Wohnung leben muss, ist dieser Ratschlag nicht gedacht, sehr wohl aber für seinesgleichen.

Er geht aber nicht so weit wie sehr betuchte Menschen, die in der Schweiz leben. Diese können nämlich das „Covid-19-Service“ einer Hotelkette in Anspruch nehmen. In hochwertigen Quarantäne-Appartements mit Essenslieferung und medizinischen Dienstleistungen einschließlich Virentests und 24-Stunden-Be-



Mitten in Graz: Ein freundlicher Fremder, der niemanden infiziert...

treuung lässt es sich – um bis zu 4.350 Euro pro Tag – sicher besser leben als es der Durchschnitt der Bevölkerung tut.

In New York kostet ein privater Corona-Test laut „Presse“ 1700 Dollar und die Rechnung für die Spitalsbehandlung beläuft sich auf 34.000 Dollar! Wie viel davon die Versicherung zahlt, falls man überhaupt eine hat, das steht in den Sternen.

Landhaus oder Yacht

Für die Superreichen ist das alles kein Problem. Viele haben sich in ihre Landhäuser in die Berge oder am Meer zurückgezogen. Andere sind auf ihre Yachten geflüchtet. Einige Milliardäre wollen jetzt eine kleine Karibik-Insel kaufen oder ziehen auf ihr Anwesen in Neuseeland.

Und auch Helikopter-Piloten machen gerade das Geschäft ihres Lebens: Denn reiche New Yorker lassen sich Bücher, Delikatessen und andere notwendige Dinge direkt einfliegen. Das meldet der „Kurier“ und er fügt hinzu: „Bei manchen Familien der Oberklasse sollen auch bereits Krankenschwestern und Privatärzte eingezogen sein.“

Auch in Österreich gibt es – laut Kronenzeitung – mindestens einen gleich gearteten Fall. So soll sich der Immobilien-Milli-

ardär Benko derzeit in seinem Luxus-Chalet in Lech am Arlberg aufhalten.

LunaJets, Europas führendes Privatjet-Charterunternehmen, stellt einen starken Anstieg der Nachfrage nach Businessjet-Charterdiensten fest. Die Anfragen sind um 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Und noch etwas ist sicher: Während hunderttausende Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren oder in Kurzarbeit sind, verdienen manche Geschäftsmacher mit der Not und der

Angst der Menschen Millionen. Spekulanten und Hedgefonds wie BLACKROCK schlagen aus den wilden Kursschwankungen an der Börse Profit und bereiten sich auf feindliche Übernahmen von Produktionsbetrieben vor, deren Aktien jetzt sehr billig zu haben sind.

Wie wird unsere Welt nach dem Ende der Krise aussehen? Werden sich die Finanz-Haie durchsetzen oder gibt es einen Ausweg, der mehr Gerechtigkeit bringt? Die Antwort auf diese Fragen ist offen.

Das Vermögen der Milliardäre in Österreich

| | | |
|----|---------------------------------|----------------|
| 1. | Dieterich Mateschitz (Red Bull) | 15,3 Mrd. Euro |
| 2. | Johann Graf (Novomatic) | 6 Mrd. Euro |
| 3. | René Benko (Signa) | 4,3 Mrd. Euro |
| 4. | Georg Stumpf | 4 Mrd. Euro |
| 5. | Heidi Horten | 2,8 Mrd. Euro |
| 6. | Helmut Sohmen (Reeder) | 1,8 Mrd. Euro |
| 7. | Michael Tojner (Immobilien) | 1,8 Mrd. Euro |
| 8. | Wolfgang Leitner (Andritz) | 1,1 Mrd. Euro |
| 9. | Gaston Glock (Waffen) | 1 Mrd. Euro |

Quelle: Wirtschaftsmagazin Forbes

Nicht in der Liste angeführt, weil nicht als Einzelperson gewertet:

| | |
|-----------------------------|---------------|
| Familie Porsche/Piech | 37 Mrd. Euro |
| Wlaschek-Erben (Billa/Bipa) | 5,5 Mrd. Euro |
| Familie Swarovski | 5,5 Mrd. Euro |

Spielsucht daheim mit Online-Glücksspiel

Online-Glücksspiel völlig unregelt – daheim kann ungezügelt Geld verspielt werden

Seit Jahren steigt die Zahl illegaler Online-Glücksspiel-Angebote stetig an. Und das,

obwohl in Österreich das Glücksspielgesetz (GSpG) auch für Online-Glücksspiele gültig ist. In der Realität kommen die Behörden aber nicht damit nach, den Wildwuchs illegaler Anbieter, die meist aus dem Ausland agieren, einzudämmen.



Laut GSpG ist die Durchführung von Glücksspielen dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) vorbehalten. Das BMF kann dieses Recht jedoch, unter strengen Auflagen, auf andere übertragen (=Glücksspiel-Konzession).

Anbieter, die keine österreichische Glücksspiel-Konzession haben, dürfen ihre Online-Casinos nicht am österreichischen Markt anbieten.

Soweit die Theorie. In der Praxis ist der Onlinezugang zum österreichischen (Schwarz)Markt aber nicht beschränkt und Spieler werden frei nach dem Motto „Wo kein Kläger, da kein Richter“ abgezockt.

Auch unsere deutschen Nachbarn kämpfen mit vergleichbaren Problemen. Dort entfällt etwa ein Fünftel des Gesamtmarktes auf illegale Angebote. Neben den persönlichen Tragödien, die Spielsüchtige durchleben, entgehen so dem Staat hohe Steuereinnahmen. In Deutschland hat man reagiert und einen Gesetzesentwurf zur Marktöffnung des Online-Glücksspiels eingebracht, der im Juli 2021 in Kraft treten soll.

Der Entwurf sieht unter anderem die Schaffung einer bundesweiten Behörde vor, die für die Regulierung der Online-Angebote zuständig ist:

Spieler dürfen pro Monat maximal 1.000 Euro über alle Angebote hinweg „verspielen“. Dazu sollen Zahlungsströme zentral überwacht werden.

Zum Schutz von Spielsüchtigen soll eine deutschlandweite Sperrdatei angelegt werden. Anbieter werden verpflichtet, ein automatisiertes Warnsystem zur Früherkennung von Glücksspielgefährdeten Menschen zu installieren.

Diese neuen Maßnahmen zur Marktregulierung greifen freilich nur bei den legalen Anbietern. Unklar bleibt, welche



Maßnahmen zukünftig illegale Glücksspielangebote eindämmen sollen, was man ja bisher schon nicht geschafft hat.

Der deutsche Gesetzesentwurf sieht zwar erste Schutzmaßnahmen für die Spieler vor, diese sind unserer Ansicht nach aber nicht weitreichend genug. Dem Durchschnittsverdiener bleiben keine 1.000 Euro im Monat übrig, um sie „verspielen“ zu können. Glücksspiele sind immer so ausgelegt, dass auf lange Sicht der Anbieter gewinnt und die Spieler verlieren. Es handelt sich, zumindest moralisch betrachtet, um Betrug, den der Staat nicht nur durch entsprechende Gesetze legalisiert, sondern sich durch die Steuereinnahmen auch noch an der Sucht seiner Bürger bereichert, während für die Betroffenen selbst oftmals die komplette Existenz auf dem Spiel steht.

Gerade jetzt, in Zeiten von Corona-Ausgangsbeschränkungen, sind noch mehr Menschen als sonst gefährdet. Die soziale Isolation in der eigenen Wohnung führt vielfach zu Folgeproblemen wie Vereinsamung, Konflikten mit anderen Familienmitgliedern, schwerer Vereinbarkeit von Homeoffice mit Kinderbetreuung und vielem mehr. Diese beengte nervenaufreibende Situation für ein paar Minuten zu vergessen und sich einem Online-Glücksspiel zuzuwenden, scheint verlockend. Doch bei diesen paar Minuten bleibt es selten. Sie sind oft der Einstieg in die Spielsucht.

Alträder werden aufbereitet

Rund 500 Radwracks wurden im ersten Quartal 2020 gesammelt, erstmals von der Holding Graz Stadtraum im Auftrag des Straßenamtes. Die Sammelin-

tervale sind jetzt dichter und die Kennzeichnung der offensichtlich nicht mehr in Gebrauch stehenden Räder mittels Schleifen erfolgt konsequenter. Nach dreimonatiger Aufbewahrungsfrist in der Sturzgasse, in der Besitzer noch die Möglichkeit haben, ihren „vergessenen“ Drahtesel auszulösen, werden die Alträder gemeinnützigen Organisationen angeboten, die sie teilweise wiederaufbereiten.

Infos: <https://www.holding-graz.at/fahrradentfernung.html>



Uni-Fahrradaktion

Die Grazer Unis sind vorbildlich darin, wie sie die eigenen Mitarbeiter aufs Rad bringen. Dazu gehört die Fahrradaktion der Karl-Franzens-Universität, die vom Verkehrsressort mit Ersts-service-Gutscheinen und Fahrradschlössern unterstützt wird.

Die Genehmigung einer derartigen Förderung für eine weitere Tranche an vergünstigten, im KFU-Stil lackierten Fahrrädern wurde kürzlich im Stadtsenat beschlossen. Insgesamt umfasst der Fuhrpark an Mitarbeiterrädern 1.146 Stück.

CHRISTIAN MASSER: EIN PERSÖNLICHER ERFAHRUNGSBERICHT

Plötzlich Zuhause

„Germ, Einweghandschuhe und Häuspapier schon wieder ausverkauft!“

Ich hätte mir Anfang des Jahres nicht vorstellen können, dass solche Überlegungen bald eine Rolle bei meinem Einkauf im Supermarkt spielen würden. Ich hätte mir auch nicht gedacht, dass ich einen von mir selbst desinfizierten Einkaufswagen vor mir herschieben würde, sorgsam Abstand haltend von meinen Mitmenschen, mit einer Maske im Gesicht!

Aber die Corona-Krise hat unseren gewohnten Alltag in sehr kurzer Zeit auf den Kopf gestellt.

Und so versuche ich angesichts der neuen Situation, die Ruhe zu bewahren im SPAR-Markt – nur ja nicht hudeeln! „Wo sind bitte die Servietten?“, frage ich eine kleine, quirlige und sehr fleißige Verkäuferin, und versuche, betont freundlich zu sein: Schließlich muss die junge Frau hart arbeiten, und das in der ständigen Gefahr, sich mit dem Virus anzustecken. Leider

reagieren manche Kunden immer noch ungehalten, wenn sie das gesuchte Produkt nicht sofort bekommen...

Ich gelange, natürlich immer peinlich darauf bedacht, Abstand zu halten, endlich zur Kassa, packe die Lebensmittel in meinen mitgebrachten Trolley, desinfiziere meine Hände.

Weiter geht's zur Trafik – bitte einzeln eintreten! – Zeitung gekauft! Die Apotheke betrete ich schon ohne Gesichtsmaske, die ist mir beim Versuch, sie zurechtzurücken, auf den Boden gefallen. „Bitte Hände desinfizieren, nur zwei Personen gleichzeitig“. Jetzt noch zum Bäcker, dem man schließlich auch noch ein paar Euro zukommen lassen will, wieder nur „zwei Leute gleichzeitig“, der Einkauf gelingt, dafür habe ich jetzt meine Bankomatkarte verlegt – ich werd' sie doch nicht verloren haben! Also durchwühle ich meine Jackentaschen: Rechnungen, Schlüsselbund, und endlich die Karte! Ich reinige mir noch einmal die Hände und mache mich auf den Nachhause-

weg, nervlich durchaus etwas ramponiert.

Trotzdem will ich mich nicht beklagen: Ich wohne am Stadtrand, nur fünf Gehminuten vom Schloss St. Martin und dem Buchkogel entfernt, kann also jederzeit problemlos ins Grüne. Ich wohne nicht alleine, bin also keiner Einsamkeit ausgesetzt. Mit meinen Freunden halte ich telefonisch Kontakt.

Und: Mein Teilzeitjob ist nicht unmittelbar gefährdet. Nicht auszudenken, wie es Menschen geht, die in Kurzarbeit oder gar gekündigt sind und vielleicht auf engem Raum mit ihren Kindern wohnen, die derzeit nicht die Schule besuchen können, ihre Freunde nicht treffen und nur sehr beschränkt ins Freie dürfen! Für diese Menschen ist die Krise existenzbedrohend.

Musik und Literatur

Mein zweites berufliches Standbein ist die Musik: Ich habe weiterhin die Möglichkeit, zuhause zu üben und an Gesang und Gitarrenspiel zu feilen. Von

Konzerten kann im Moment allerdings keine Rede sein.

Wie geht's wohl den Kolleginnen und Kollegen, die ausschließlich von ihrer Kunst leben, und die – oft sehr schlecht bezahlt – dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft bunter, kritischer und vielfältiger ist? Die schon in „Normalzeiten“ von der Hand in den Mund leben und von Tag zu Tag wirtschaften müssen? Sie sind jetzt ganz besonders auf öffentliche Unterstützung und unsere Wertschätzung angewiesen.

Was wird aus... ?

Was wird wohl aus meinem Stammbeisl, in dem ich gerne auf das eine oder andere Bier gehe? Wird es nach der Krise wieder aufsperrern können? Ich kenne den Chef und alle Angestellten.

Oder meine kleine Lieblingsbuchhandlung: Wird die Besitzerin imstande sein, weiterzumachen?

All die Plätze und Orte in Graz, die mir im Lauf der Jahre ans Herz gewachsen sind, werden sie sich wieder mit Leben füllen?

Zugegeben, es gibt auch ein paar Dinge, die ich nicht vermisse: Etwa den dichten Stau in der Straßganger Straße, der sich seit einigen Jahren mehrmals am Tag wiederholt.

Alles fühlt sich sehr ruhig an im Moment, manchmal unheimlich. Der morgendliche Blick aus dem Küchenfenster ist ein ungewohnter: viel weniger Autos, und leider auch viel weniger menschliches Treiben... es rührt sich nichts, oder doch: plötzlich hoppelt ein prächtiger Feldhase ins Bild, der sich bis in unsere Wohnsiedlung vorgewagt hat und jetzt seine beachtlichen Löffel spitzt. Der erste seit langem, den ich bei uns gesehen habe: „Schön, dass es dich auch noch gibt.“

Christian Masser

E-Mail: mbluesm@hotmail.com



Blick aus dem Küchenfenster

EU und Gesundheitskrise

Die EU will sich in der Corona-Krise als Retterin in der Not aufspielen. Dabei hat sie selbst die Gesundheitskrise in den Mitgliedsstaaten verschärft. Darauf weist die Solidarwerkstatt hin.

63-mal hat die Europäische Kommission in den Jahren von 2011 bis 2018 den Mitgliedsstaaten der EU empfohlen, zumindest Teile des Gesundheitssektors zu privatisieren und die öffentlichen Ausgaben in Sachen Gesundheit zu reduzieren.

Im letzten Jahrzehnt wurden in Österreich 4.500 Akutbetten abgebaut. In der Steiermark hat man die Landeskrankenhäuser in Eisenerz und Hörgas gesperrt und die Bettenzahl in den bestehenden Spitälern reduziert. Die Schließung der Krankenhäuser in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming steht im Raum.

Das genügt der EU-Kommission aber nicht. Zuletzt wurde Österreich im „Länderbericht 2019“ kritisiert: „Das österreichische Gesundheitssystem ist nach wie vor von einer ineffizienten Ressourcennutzung in der Sekundärversorgung geprägt. Die Zahl der verfügbaren Betten in der Akutversorgung (566 Betten je 100.000 Einwohner im Jahr 2015) ist zwar etwas niedriger als zehn Jahre zuvor (643 Betten pro 100.000 Einwohner im Jahr 2005), liegt aber mehr als 40 % über dem EU-Durchschnitt (402)“

(EU-Kommission, Länderbericht Österreich, 27.2.2019)

Entscheidend für die Zukunft unseres Gesundheitssystems ist, welche Lehren wir aus den aktuellen Erfahrungen der Pandemie ziehen. Die KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg betonen, dass der Regionale Strukturplan Gesundheit (RSG 2025) jetzt unbedingt geändert werden muss. Jetzt ist noch deutlicher geworden, wie wichtig eine flächendeckende und ausreichende Ausstattung mit Spitalsbetten ist. Der RSG 2025 darf nicht wie bisher geplant umgesetzt werden, das wäre aufgrund der aktuellen Erfahrungen fahrlässig.

Italien

Noch schlimmer ist es in unserem südlichen Nachbarland. Italien baute seit Beginn der 2000er Jahre sage und schreibe 75.000 Spitalsbetten ab. Diese Austeritätspolitik hat dazu beigetragen, dass die Coronapandemie in diesem Land derart tödliche Auswirkungen hat.

Die Werkstatt Frieden und Solidarität stellt fest: „Immer wieder haben wir in den letzten Wochen unfassbare Bilder aus Italien gesehen, wo Ärzte darüber entscheiden mussten, wessen Leben sie noch retten und wen sie aufgrund mangelnder Spitalsinfrastrukturen dem Tod überließen. Dass dahinter die EU-Spardiktate stehen, wurde in den Medien verschwiegen.“



Die EU im freien Zerfall: Soziale Distanzierung statt Reisefreiheit.

35-Stunden-Woche und

Die Corona-Krise zeigt, wo der Schuh im österreichischen Pflegesystem drückt. Angesichts der geschlossenen Grenzen droht der Pflege in Österreich ohne die ausländischen Arbeitskräfte der Totalkollaps.

Das ist der Regierung bewusst, die sich gerade um Ausnahmeregelungen für in Österreich beschäftigte Pflegekräfte einsetzt. Es soll also wieder eine Symptombekämpfung her, anstatt das seit Jahrzehnten vor sich hin kränkelnde Pflegesystem endlich einmal umfassend zu reformieren.

Ein Mix aus hohen Anforderungen und minutengenauen Vorgaben hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die Zahl der Österreicher, die den Pflegeberuf ergreifen möchten, stetig weiter gesunken ist und sich sogar alteingesessene Pflege-

kräfte vielfach für Umschulungen entschieden haben.

Lohndumping legalisiert

Doch anstatt dem Mangel an einheimischen Pflegekräften entgegenzuwirken, haben die Regierungen der letzten Jahrzehnte einfach die Praxis legalisiert, noch schlechter bezahlte Pflegekräfte aus dem Ausland nach Österreich zu locken.

Auf diese Weise dachte man, gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Günstige ausländische Pflegekräfte konnten sich die betroffenen Familien eher leisten. Gleichzeitig wurde damit das drohende Infragestellen von niedrigen Löhnen und in weiterer Folge von ebenso niedrigen Pensionen sowie die Höhe der Leistungen des Sozialsystems an sich im großen Stil abgewendet.

Seit Jahren prangern wir diese Missstände an. Als die Probleme im Pflegesystem durch die Coronakrise für die breite Öffentlichkeit sichtbar wurden,



Mahnwache der Gewerkschaft für die 35-Stunden-Woche am 5. Februar

weitere Forderungen in der Sozialwirtschaft



stieg auch der Rückhalt in der Bevölkerung eine Arbeitszeitverkürzung durch Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, durchzusetzen.

35-Stunden-Woche

Die Kollektivvertragsverhandlungen endeten im „Shut-down“ mit der enttäuschenden einmaligen Lohnerhöhung von 2,7%. Statt der 35-Stunden-Woche gibt es in drei Jahren eine 37-Stunden-Woche. Für dieses

Zugeständnis wurde seitens der Gewerkschaft auf zwei komplette Jahre Lohnerhöhung verzichtet. Zusätzlich kommt es zu Kürzungen beim Mehrarbeitszuschlag, welche sich negativ im Geldbörserl der Angestellten bemerkbar machen werden. Berücksichtigt man dazu noch die jährliche Inflation in den beiden Jahren des eingefrorenen Gehalts, bezahlen sich die Angestellten diese eine Stunde Arbeitszeitverkürzung also in Wahrheit selbst.



2020, Senecura Graz-Lend, Mariengasse 31

KOMMENTAR

Philipp Ulrich,
GLB-Betriebsrat Lebenshilfe
Soziale Dienste GmbH Steier-
mark



Pflegeberuf: Bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen!

Seit Jahrzehnten wurde im Österreichischen Sozial- und Gesundheitssystem gespart. Folgen dieser Einsparungen sind unter anderem:

- Vorgegebene Fließbandabfertigung durch strikte, minutengenaue Durchtaktung der Arbeitszeit von Pflegekräften.
- Unterbesetzungen und der daraus resultierende Druck permanent für Mehrleistungen und Überstunden zur Verfügung zu stehen.
- Fehlende Urlaubs- oder Krankenstandsvertretungen, die Arbeit fällt aber trotzdem im selben Ausmaß an. Sie muss von den diensthabenden Kollegen mitgetragen werden.
- Miese Bezahlung in Relation zu dem was geleistet werden muss. Verlangt werden Schichtdienste rund um die Uhr, schwere Hebetätigkeiten, medizinisches Fachwissen und seine Umsetzung in der Praxis, Empathie und emotionale Belastbarkeit.

Verrat bei Nacht(schicht) und Nebel

Wir haben monatelang um die 35-Stunden-Woche, als ersten Schritt für bessere Arbeitsbedingungen, gekämpft. Mit

Hilfe von Streiks, Demonstrationen, Betriebsversammlungen und vielen anderen kreativen Ideen haben wir auf unsere Forderungen aufmerksam gemacht. Wir bekamen in dieser Phase unglaublich viel Unterstützung und Anerkennung aus der Bevölkerung, aber auch von den Medien und natürlich auch von den unzähligen Kollegen, die jeden Tag ihr Bestes geben in der Arbeit mit Menschen. Als das Corona-Virus Österreich erreichte, mussten wir unsere Aktionen einstellen, um uns voll auf den Kampf gegen diesen unsichtbaren Feind zu konzentrieren. Während das Personal im Sozial- und Pflegebereich unter Höchstesatz hinter den Masken kämpfte, kam plötzlich wie aus dem Nichts die Nachricht über den Abschluss der Kollektivvertrags-Verhandlungen hereingeschneit. Ohne uns Angestellte oder Betriebsräte zu befragen bzw. rechtzeitig zu informieren, wurde hinter unserem Rücken ein Vorschlag der Arbeitgeberseite blindlings angenommen.

Ich und viele andere Arbeitnehmervertreter weigern uns, diesen politischen Kuhhandel als Erfolg zu feiern.

Spiel mit dem 1. Mai

Hat die Regierung vergessen, dass der 1. Mai ein Feiertag ist? Ab diesem Tag sollen Geschäfte aufsperrn können.

Elke Kahr: „Kanzler Kurz muss noch viel lernen, vor allem über die Bedeutung der Arbeiterbewegung.“

Alte Firmen-Aufschriften, Teil 5



„Fischerspezi“, Fischereifachgeschäft, Schönaugasse 101, bis Ende der 1990er-Jahre. Von 2003 bis 2015 gab es den „Fischerspezi“ in der Kasernstraße 99 unter neuer Führung (Herr Eduard Allemann). Das Schild in der Schönaugasse gehört Herrn Allemann, und er hat nach eigener Aussage mehrere Angebote von Sammlern dafür bekommen.

Hilfe für Menschen in Not

Hoffentlich verstummen jetzt die Stimmen jener, die der KPÖ Graz Populismus vorgeworfen haben, weil ihre Mandatare einen großen Teil ihres Nettoeheltes an Menschen in Not weitergeben.

Bundeskanzler Kurz hat angekündigt, dass die Mitglieder der Bundesregierung heuer einen Netto-Monatsbezug (etwa 7 Prozent des Jahreseheltes) spenden werden. Die Grazer Grünen wollen ähnliches in unserer Stadt.

Die Grazer KPÖ-Stadträte Elke Kahr und Robert Krotzer helfen Monat für Monat mit

mindestens 4.150 Euro von ihrem Monatsgehelt Menschen in Notlagen. Seit dem Jahr 2005 sind dies bei Elke Kahr etwa 850.000 Euro. Seit die KPÖ Steiermark im Landtag ist, wird auch auf dieser Ebene eine solche Regelung, durch Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg, gelebt.

„Ich hoffe nur, dass die Spendenfreudigkeit der Regierung nicht in der Mottenkiste verschwindet, wenn wir diese schwierige Zeit überwunden haben“, sagt Elke Kahr.

Die KPÖ weist darauf hin, dass man jetzt ernsthaft über eine Kürzung der Parteienförderung nachdenken muss.

Trauer um August Suppan Helfen war sein Herzensanliegen

AUGUST SUPPAN, Direktor a.D., wurde am 4. Oktober 1934 in Graz geboren. Gleichzeitig mit seiner Lehre als Schlosser bei der ÖBB besuchte er die Abendschule, die er mit der Matura 1950 abschloss. Anschließend studierte er Heilpädagogik und Psychologie. 1961 begann seine berufliche Laufbahn als Sozialpädagoge am Rosenhof, einer Einrichtung für traumatisierte Kinder und Jugendliche. Zwei Jahre später wurde er zum Direktor ernannt und bekleidete diese Funktion bis 1999. Im selben Jahr verabschiedete er sich in den vermeintlich wohlverdienten Ruhestand, begann jedoch seine ehrenamtliche Tätigkeit in der Pfarre St. Vinzenz und in der Vinzenzgemeinschaft Eggenberg. Er betreute mittellose, sozial schwache Personen und Familien und sicherte die Lernbetreuung der Kinder mit Migrationshintergrund in der Pfarrgemeinde. Er baute die Notschlafstelle VinziTel auf, die wohnungslosen Frauen und Männern ein kurzes zu Hause ermöglicht. „Gustl“, wie ihn alle liebevoll genannt haben, war bis zuletzt trotz schwerer Krankheit

unermüdlich für die Anliegen der Menschen im Einsatz. Er engagierte sich für in Not geratene, wenn nötig Tag und Nacht und begleitete Menschen in allen Lebensphasen und Lebensbereichen. Es war seine Berufung und Leidenschaft, Menschen in Lebenskrisen nicht nur zu unterstützen, sondern sie zu trösten, zu stärken und zu ermutigen.

Spät wurde ihm auch offizielle Anerkennung zuteil: Erst im Oktober des Vorjahres erhielt er das Große Ehrenzeichen der Landeshauptstadt Graz in Gold.

„August Suppan hat sich Zeit seines Lebens all jener Menschen angenommen, um die sich sonst niemand gekümmert hat. Er hat niemandem die Tür gewiesen“, sagt Stadträtin Elke Kahr, die ihm über Jahrzehnte freundschaftlich verbunden war. „Wir haben uns immer wieder ausgetauscht und einander gegenseitig im Bemühen um Benachteiligte und Gestrandete in der Gesellschaft zu unterstützen versucht. Es erfüllt mich mit großer Traurigkeit, dass dieser wunderbare Mensch von uns gegangen ist.“



**Sommer 2020
Infos unter:**

0316 / 82 9070
office@kinderland-steiermark.at

**Konkrete Termine für den
Feriensommer sind noch unklar.
Bitte informieren sie sich telefonisch
oder bei:
www.kinderland-steiermark.at**





LINKS &
UNABHÄNGIG

Jetzt um € 69,-/Jahr

Mit dem Gutscheincode B5TAFQH5 erhalten Sie zusätzlich zu zehn Heften der Zeitschrift für Auseinandersetzung auch das Buch *Richtige Literatur im Falschen? Schriftsteller – Kapitalismus – Kritik* von Ingar Solty und Enno Stahl (Hrsg.).*

* SOLANGE DER VORRAT REICHT. AKTION GÜLTIG BIS 30. JUNI 2020.

WWW.TAGEBUCH.AT/ABO
ABO@TAGEBUCH.AT

KLEINANZEIGEN

Suche **Heimwerker** für gelegentliche Arbeiten in Haus und Garten, Anrufe an (0316) 24 22 20, am besten mittags, erbeten.

Suche funktionstüchtigen **Elektro-Kochherd** mit Backrohr im Raum Graz, vortrefflich wäre in der Nähe von St. Peter. Tel: 0664 34 52 201. Falls nicht erreichbar bitte Nachricht hinterlassen.

GRAZER Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungs-ort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.





Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Zoey ist eine ca. 3-jährige Shar-Pei Mischlingshündin, die aus schlechten Verhältnissen stammt. Sie sucht nach hunderefahrenen Menschen, die mit ihr arbeiten, um sie alltagstauglich zu machen. Am besten ein Platz ohne andere Tiere.



Thalia: Die kastrierte Thalia ist ein Findling, der noch sehr ängstlich und scheu ist und am besten bei einem Haus oder Bauernhof am Land aufgehoben wäre.



Mina ist eine kastr., ca. 3-jährige Rottweilerhündin, die aus nicht artgerechter Haltung stammt. Sie ist freundlich, braucht aber noch Erziehung und mag keine anderen Tiere.



Lars: Lars ist ein 13-jähriger, kastr. Findlingskater, der eine ruhige Bleibe mit Freigang sucht.



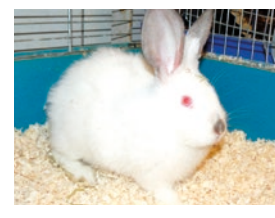
Der ca. 2,5 Jahre alte **Snoopy** ist anfangs zwar eher unsicher, taut dann aber schnell auf und ist anhänglich und freundlich. Aufgrund seiner Vorgeschichte und seinem eher dominanten Naturell sucht er nach erfahrenen Rassekennern.



Gandalf: Der ca. 15 Jahre alte Kater Gandalf ist ein noch schüchterner Findlingskater, der sich nichts sehnlicher wünscht als einen ruhigen Platz am Land mit Freigang.



Der 8-jährige Terriermischling **Rambo** ist anfangs oft misstrauisch. Hat er sich einmal eingewöhnt, zeigt er sich aber als treuer Gefährte. Er ist auf der Suche nach erfahrenen Hundebesitzern ohne Kleinkinder.



Kaninchen Schorsch: Der große, einjährige Kaninchenrammler Schorsch ist kastriert und wartet auf einen Platz in einem großen Freigehege mit Artgenossen.

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Lesen des Grazer Stadtblattes bietet hilfreiche Hinweise!

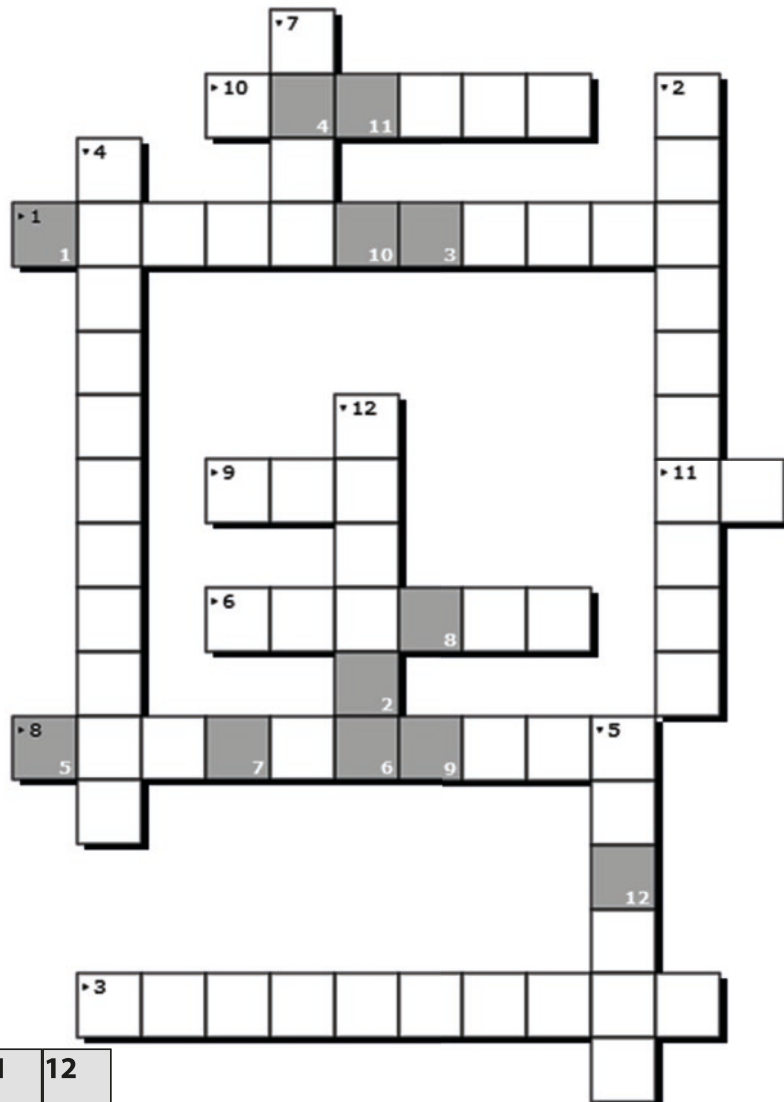
1. Sie muss man leben, sagt Elke Kahr. (S. 2-3)
2. Das darf Soziales jedenfalls nicht tun. (S. 2)
3. Sie gibt es kostenlos für Balkon und Fensterbankerl. (S. 4)
4. Das war Österreich leider überhaupt nicht. (S. 8)
5. Sie wollen Bürgermeister Nagl und sein Stellvertreter Eustacchio über den Plabutsch bauen. (S. 11)
6. Bei diesem Thema gilt: Gestundet ist nicht geschenkt. (S. 12)
7. Es hält an Bettenabbauplänen fest. (S. 14)
8. Die Shopping City hier wäre heute gar nicht mehr bewilligungsfähig. (S. 15)
9. Der 1. dieses Monats bleibt unser Tag. (S. 16)
10. Die Spielsucht leider auch hier. (S. 18)
11. Sie will sich in der Corona-Krise als Retterin in höchster Not aufspielen. (S. 20)
12. Das geht ohne Verkäuferinnen, Pflegepersonal, Bauarbeiter, ... (S. 24)



Senden Sie die Lösung **unter Angabe Ihrer Adresse** an:
stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Lösungswort:

| | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|



1. MAI

KPÖ

**OHNE UNS
GEHT NICHTS!**



DANKE

BRAUCHT GERECHTIGKEIT!

**SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITENDEN!
UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ERWERBSLOSEN!**

KPÖ ruft auf zur online Demo: 1. Mai 2020, 11 Uhr auf der Facebook-Seite der KPÖ Steiermark ([fb.com/kpsteiermark](https://www.facebook.com/kpsteiermark))